

Freundschaft

Zeitung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kasachstans

Erscheint seit 1. Januar 1966

Montag, 24. November 1986

Nr. 226 (5 354)

Preis 3 Kopeken

Interview M. S. Gorbatschows für indische Journalisten

Anlässlich seines bevorstehenden Besuchs in Indien empfing M. S. Gorbatschow am 21. November im Kreml den Kommentator des Indischen Fernsehens S. Naghi, den Sonderkorrespondenten der Nachrichtenagentur Press Trust of India (PTI) A. Balu, den Sonderkorrespondenten der Nachrichtenagentur United News of India (UNI) K. G. Joglekar, und den Generaldirektor von All India Radio, Harish Avasthi, und beantwortete deren Fragen.

M. S. Gorbatschow: Vor allem möchte ich sagen, daß ich der Begegnung mit Indien mit großem Interesse entgegenstehe.

Die sowjetischen Menschen haben ein besonderes Verhältnis zu Indien. Wir sehen im indischen Volk unseren alten Freund und verlässlichen Partner. Und wir sind zufrieden, wie sich unsere Beziehungen gestalten. Ich habe es schon gesagt und möchte es noch einmal sagen: Die Beziehungen zu Indien nehmen in unserer Außenpolitik einen bevorzugten Platz ein. Ich glaube, wir können sagen, daß die Außenpolitik der Sowjetunion, der sowjetischen Führung gegenüber Indien auch die tiefen freundschaftlichen Gefühle berücksichtigt, die unsere Völker für das indische Volk hegen.

Andererseits spüren wir in der Politik der indischen Regierung stets das Streben, die tiefen Gefühle in der indischen Gesellschaft, im indischen Volk für unser Volk zum Ausdruck zu bringen. Meiner Meinung nach ist dies das Wichtigste, das Stabilität für unsere Beziehungen: Tradition, langjährige Freundschaft, Zusammenarbeit in bilateralen und internationalen Angelegenheiten.

Und schließlich haben diese Beziehungen eine solche rechtliche Grundlage wie den Vertrag von 1971. Ich möchte heute über die gewaltige Bedeutung eines weiteren Entwicklungsfaktors dieser Beziehungen in der Vergangenheit und Gegenwart sprechen, und von dem ich hoffe, daß er dies auch in der Zukunft sein wird. Ich meine den ständigen, intensiven und konstruktiven politischen Dialog zwischen den führenden Repräsentanten unserer Länder.

Die Achtung gegenüber dem indischen Volk hatte Lenin im Blick, als er weitsichtig über die Rolle Indiens in den internationalen Angelegenheiten sprach. Dieser Gedanke Lenins befruchtete unsere Politik und das praktische Handeln in den Beziehungen mit Indien. Viele Generationen von Staatsmännern der UdSSR und Indiens haben

eine gute Arbeit geleistet, so daß wir heute unsere Beziehungen auf einem solchen Niveau sehen.

Ich möchte an Jawaharlal Nehru erinnern. Bei uns wird sein Andenken hoch in Ehren gehalten und sein Beitrag zur Gestaltung unserer Beziehungen als wertvoll eingeschätzt.

Die Sowjetunion und Indien, die die Welt des Sozialismus und die Welt der nationalen Befreiung, die Welt der Entwicklung vertreten, wirken bereits viele Jahre und Jahrzehnte fruchtbar zusammen im Interesse ihrer Völker und im Interesse aller Völker. Das ist ein gutes Beispiel. Wir wollen, daß sich diese Beziehungen entwickeln. Das ist das Wichtigste.

Ich bin gespannt auf Indien. Zum Abschluß meiner kurzen Botschaft an die indischen Hörer, Leser und Fernsehzuschauer möchte ich Sie in Namen aller Völker der Sowjetunion herzlich grüßen.

Machen wir uns nun an die Arbeit.

Frage: Herr Gorbatschow, wir haben mit großem Interesse Ihren Weg von Genf bis Reykjavik verfolgt. Das sind gewissermaßen Meilensteine. Wie stellen Sie sich den weiteren Weg vor?

M. S. Gorbatschow: Sie haben die wichtigste Frage gestellt, die

uns alle bewegt. Es ist gerade ein Jahr vergangen, seit wir uns in Genf getroffen haben. Ich bin jetzt überzeugt, daß Genf große Bedeutung hatte. Es ermöglichte, den unterbrochenen politischen Dialog zwischen der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika wieder aufzunehmen. Das an sich ist schon wichtig. Gibt es einen Dialog, so gibt es auch ein besseres Verständnis für die beiderseitigen Positionen. Gibt es einen Dialog, so bedeutet das, die Suche wird fortgesetzt. Auf jeden Fall ist das das Erste, was man der positiven Bilanz von Genf zurechnen kann.

Es gab wichtige Vereinbarungen. Ich meine das Schlüsseldokument. Darin wurde gesagt, daß ein Kernwaffenkrieg nicht entfesselt werden darf und daß es in ihm keine Sieger geben kann. Das ist eine sehr wichtige politische Feststellung. Und das ist auch die Antwort an all jene, die von kleinen, begrenzten, lokalen Kernwaffenkriegen träumen oder zumindest eine solche Möglichkeit fürbar halten. Denn wenn sich die führenden Repräsentanten der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika darin einig sind, daß ein Kernwaffenkrieg unzulässig ist, bil-

det dies einen sehr wichtigen Ausgangspunkt für die Ausarbeitung einer neuen Politik, die dem nuklearkosmischen Zeitalter entspricht.

In dem Dokument gab es noch eine weitere sehr wichtige Feststellung: Beide Seiten werden nicht nach Erlangung militärischer Überlegenheit streben. Wenn man sich an diese Vereinbarung hält, müssen beide Seiten auf jeden Fall darüber nachdenken, wie sie sich auf gleicher Grundlage mit den Abrüstungsfragen befassen und nicht darüber, wie militärische Überlegenheit zu erlangen ist.

Die sowjetische Führung ist den Verpflichtungen treu geblieben, die sie in Genf übernommen hat.

Ich möchte das durch einige Fakten erhellen. Es ist wichtig, darüber zu sprechen, da sie auch heute ihre Bedeutung nicht verloren haben.

Nach Genf verlängerten wir das Moratorium. Am 15. Januar schlugen wir der ganzen Welt ein breites, auf 15 Jahre berechnetes Programm über die schrittweise Reduzierung der Kernwaffen und ihre Beseitigung bis zum Jahre 2000 vor. Darüber hinaus enthielten unsere Vorschläge nach Genf unserer Ansicht nach sehr wichtige Gedan-

Mit hoher Verantwortung fürs Endresultat

Das Kollektiv des Zelinograder Kombinats für Backerzeugnisse sorgt für sichere Planerfüllung. Ein Beweis für die erfolgreiche Arbeit in dieser Richtung sind die Leistungen, die es bisher erreicht hat. Seit Jahresbeginn sind Erzeugnisse im Gesamtwert von rund 6 849 000 Rubel — erheblich mehr als geplant — realisiert worden. Die Arbeitsproduktivität je Beschäftigter ist um nahezu anderhalb Prozent überplanmäßig gestiegen. Bis Jahresende wollen die Bäckerinnen ihre Arbeiterfolge weiter ausbauen, um so 1987 einen beträchtlichen Leistungsanstieg zu erzielen.

„In diesem Jahr haben die Getreidebauern der Republik eine reiche Ernte eingebracht. Einen gewichtigen Beitrag haben dazu auch die Agrarbetriebe unseres Gebiets geleistet“, sagt Wladimir Kuschnirski, Leiter des Kombinats, und läßt das schneeweiße Mehl, das er aus einem Behälter schöpft, durch seine Fingerringe gleiten. „Hier haben wir sozusagen das Produkt ihrer Arbeit in natura. Sie haben eine wichtige Aufgabe gelöst. Nun liegt es an uns, das von ihnen Herangezogene zu verarbeiten und in bester Qualität als Endprodukt zu liefern.“

Wir befinden uns in der Backwarenabteilung der zweiten Großbäckerei. Hier herrscht ein geschäftliches Treiben. Es ist gerade die erste Schicht im Einsatz. Frauen in weißer Arbeitskleidung hantieren an den Maschinen und Backöfen. Eine nette junge Frau drückt auf den Schalthebel der Teigknetmaschine. Vom runden Behälter löst sich ein großer Deckel. Sie prüft den Inhalt — den Sauerteig. 30 Minuten dauert der Arbeitsgang bei der Teigbereitung, und da ist es sehr wichtig, nicht den richtigen Moment zu verpassen und die Rezeptur streng einzuhalten.

„Elisabeth Hochhalter“, stellt Wladimir Kuschnirski die Frau vor. „Unsere Arbeitsaktivistin, die sich vorgenommen hat, die Produktion, für die sie verantwortlich ist, stets nur in ausgezeichneter Qualität aus dem Prüfungslabor zu liefern.“

Eigentlich arbeiten wir nach dem Brigadeverfahren an einer Fertigungsstraße für Semmelbrot, sagt Elisabeth Hochhalter. Jede meiner Kolleginnen trägt mit ihrer Arbeit zum Erfolg bei. Doch wichtig ist, daß schon in der Anfangsphase, wo ich stehe, für die Qualität der Brotbereitung maßgeblich entschieden wird. Ich rühme mich keinesfalls damit, ich will nur sagen, daß jeder von uns mit hohem Verantwortungsgefühl für das Endresultat einsteht. So wie es übrigens alle Mitglieder unserer Abteilung tun. Und soll ich die Besten nennen, so ist das vor allem die Arbeitsveteranin Anastassija Uschakowa, die in diesem Jahr den 40. Jahrestag ihrer Arbeitstätigkeit begehen wird. Stets gut liegen im Wettbewerb auch Nadescha Elsässer, Wera Rulnowa, Anastassija Martynina, Jelena Tscherniga, Swetlana Jesmuhonowa und der Reparaturschlosser Johann Judt, der bestens dafür sorgt, daß sämtliche Technik störungsfrei läuft.

„Man kann nicht sagen, daß unsere Bäckerinnen es hier leicht haben“, meint der Betriebsleiter, „wenn wir auch ständig für die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen sorgen. Neulich las ich in der ‚Iswestija‘ den Brief von G. Malejew aus Tscheljabinsk. Er berichtet darin, daß er bis zu seiner Pensionierung als Stahlschmelzer gearbeitet hätte. Danach hat er beschlossen, als Ladearbeiter in einer Brotfabrik mitzuhelfen. Heute weiß er aus eigener Erfahrung, unter welchen Schwierigkeiten das Brot zu standekommt, das wir heute spottbillig im Laden kaufen. Und wenn er die Arbeit in der Schmelze mit der Arbeit in der Bäckerei vergleicht, so sieht er hierbei keinen großen Unterschied.“

Ich glaube, dieser Arbeiter hat recht, weil bei einem Schluderverhalten zum Brot, wovon heute mehrere Beispiele zeugen, nicht alle wissen, welche große Arbeit hinter jedem Brotlaib steckt.“

Im Betrieb vollziehen sich zur Zeit große Umwandlungen. Eine grundlegende Rekonstruktion wird sich auf viele Betriebsabteilungen hinausziehen. Schon heute hat man auf diesem Gebiet enorme Arbeit geleistet. So ist zum Beispiel in der ersten Großbäckerei die Abteilung für Semmelbereitung technisch neu ausgerüstet worden.

Auf dem jüngsten Jahrmarkt im Gebietszentrum haben die Zelinograder Bäckerinnen die Kunden mit neuen Erzeugnissen erfreut. Neu waren da Bauernbrot, und für Leckermäuler Haferkekse und Süßstangen. Gegenwärtig wird im Betrieb eine neue leistungsstarke, automatisierte Feingebäckstraße montiert. Noch bis Jahresende soll sie betriebswirksam werden.

„Mit unseren Planaufgaben werden wir stets gut fertig“, resümiert Wladimir Kuschnirski. „An und für sich kann sich heute niemand beklagen, er habe nicht immer genug Brot auf dem Tisch. Dies ist für jeden Sowjetmenschen schon längst Geschichte. Für uns ist es aber sehr wichtig, daß laut jüngstem Parteibeschluß, Broterzeugnisse und ihr Sortiment reichhaltiger seien, und daß sie immer frisch geliefert werden.“

Zu einem weiteren Schritt auf dem Wege der Produktionsintensivierung wird für das Kollektiv das neue wirtschaftliche Experiment werden, unter dessen Bedingungen es seine Arbeit ab 1. Januar kommenden Jahres gestalten wird. Derzeit ist hier in sämtlichen Betriebsabteilungen eine rege Vorbereitungsarbeit im Gange.

Robert FRANZ, Korrespondent der „Freundschaft“ Zelinograd

Wirtschaftsleben kurzgefaßt

Rund 110 000 Tonnen

Kohle haben die Bergarbeiter der Grube „Dolinskaja“ seit Jahresbeginn überplanmäßig an die Konsumenten abgeliefert, was die Verpflichtungen bedeutend übertrifft. Dabei sind die Selbstkosten einer Tonne Kohle reduziert worden, aber die Arbeitsproduktivität ist angewachsen.

Das von Wladimir Rein geleitete Kollektiv des zweiten Abschnitts steigert sicher das Tempo der Kohlegewinnung.

„In großem Maße wird das durch die ausgezeichneten Leistungen unserer Reparaturarbeiter begünstigt. Sie berechnen sorgfältig die Zeit für die Ausführung der Reparaturen“, sagt W. Rein, „und verkürzen diese noch ständig. Es sind mehrere Verbesserungsvorschläge in die Praxis eingeführt worden, was die Reparatur beschleunigt und ihre Qualität verbessert.“

Eduard HUBER

Jahresplan erfüllt

Das Kollektiv der Versuchswirtschaft des Unionsforschungsinstituts für Getreidebau Schortandy hat seine Pläne für 1986 bei Fleisch und Milch bereits bedeutend überboten. An die Abnahmestelle sind 1 840 Tonnen Fleisch geliefert worden, was 123 Prozent des Plans macht. Die Rinder werden mit je 444 Kilogramm und die Schweine mit je 111 Kilogramm über die Waage geführt. Der Pro-Kuh-Melkertrag ist in den ersten zehn Monaten dieses Jahres auf 2 900 Kilogramm gestiegen.

Dieser Erfolg ist vor allem der beispielhaften Arbeit der Viehpfleger und Melkerinnen zu verdanken. Besonderes Lob verdienen Tatjana Barsukowa, Irma Nagel, Johann Melcher, Erhardt Plau und Senik Ryspajew, um nur einige zu nennen.

Woldemar SPRENGER

Mit Hochdruck

wird in der Werkstatt des Lenin-Kolchos, Gebiet Kokschetaw die Landtechnik instandgesetzt. Gut bewährt sich dabei das Arbeitsgruppenverfahren. Vorbildlich bei der Reparatur sind der Schweißer Anton Gurteki, der Dreher Viktor Chodakowski und der Schmied Iwan Sablozki, die ihr Tagessoll stets überbieten.

Eugen KUCHLER

Ständig

erfüllt seine Planaufgaben das Kollektiv des zweiten Autobusdepots von Semipalatinsk. Im Rahmen des Wirtschaftsexperiments streben die Fahrer hohe Qualität bei der Betreuung der Fahrgäste an. Eine gute Stütze ist ihnen dabei der Brigadeauftrag.

Alexander KAIMANN

Ein Musterbeispiel

an hochproduktiver Arbeit auf der Industriebasis des Bergbau- und Hüttenkombinats zeigt im Gebiet Dsheskasgan die Komсомоl- und Jugendbrigade um Edwin Schall. Seine Möglichkeiten erwägend, hat das Kollektiv die Initiative gestartet den Fünfjahrplan vorfristig zu erfüllen. Gegenwärtig steht auf dem Arbeitskalender der Brigade schon Januar 1987.

Raissa REDLER



In gutem Tempo schließt das Kollektiv des Armaturenwerks Semipalatinsk das Startjahr des zwölften Planjahrteils ab. Der Produktionsumfang ist hier um mehr als 20 Prozent angestiegen. Das ist vorwiegend durch die merkliche Steigerung der Arbeitsproduktivität erzielt worden. Die sozialistischen Verpflichtungen des Betriebs sehen vor, bis zum Jahresende Erzeugnisse im Werte von 50 000 Rubel über den Plan hinaus zu liefern.

Unsere Bilder: Vitali Dumler hat sich verpflichtet, den Fünfjahrplan in vier Jahren zu erfüllen; die Aktivistin der kommunistischen Arbeit Valeri Lopatin und Wladimir Charkowski, die ihren Jahresplan mit Vorsprung realisieren. Fotos: Jürgen Witte

Gespräch M. S. Gorbatschows mit M. Kerekou

Der Generalsekretär des ZK der KPdSU M. S. Gorbatschow, ist am 21. November mit Mathieu Kerekou, Vorsitzender des ZK der Partei der Volksrevolution Benins (PRPB) und Staats- und Regierungschef der Volksrepublik Benin, zusammengetroffen.

Bei dem kameradschaftlichen Gespräch berichtete M. S. Gorbatschow über die aktive und zielstrebige Arbeit zur Erfüllung der Beschlüsse des XXVII. Parteitag der KPdSU und zur Realisierung des Kurses auf allseitige beschleunigte Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft. Dies ermöglichte, die Vorzüge des Sozialismus am vollständigsten zum Wohl des sowjetischen Volkes und im Interesse des Weltfriedens zu nutzen.

M. Kerekou informierte über die Anstrengungen des Volkes von Benin und seiner Avantgarde, der PRPB, die darauf gerichtet sind, die politische Unabhängigkeit zu festigen und fortschrittliche soziale und ökonomische Umwälzungen zu realisieren. Er dankte für die Hilfe und Unterstützung, die die Sowjetunion dem Volk Benins beim nationalen Aufbau gewährt.

Die führenden Repräsentanten beider Länder brachten ihre Genugtuung über den Stand der Freundschaftsbeziehungen Sowjetunion-Benin zum Ausdruck. Sie hoben hervor, daß für deren weitere fruchtbare und gegenseitig vorteilhafte Entwicklung auf verschiedenen Gebieten günstige Perspektiven bestehen.

Bei der Erörterung der Schlüsselprobleme der gegenwärtigen internationalen Lage wurde erste Besorgnis über die durch Schuld des Imperialismus anhaltenden Spannungen in der Welt geäußert.

M. Kerekou erklärte, daß die konstruktive Haltung der Sowjetunion auf dem Treffen in Reykjavik in Benin mit Zustimmung aufgenommen wurde. Die Realisierung der sowjetischen Friedensinitiativen, so M. Kerekou, würde es ermöglichen, ein umfassendes System der internationalen Sicherheit zu schaffen, die Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen zu beseitigen und eine qualitativ neue Situation in der Welt herbeizuführen.

M. S. Gorbatschow schätzte den Beitrag der afrikanischen und anderen Entwicklungsländer im Kampf um die Gesundung der internationalen Lage positiv ein, was besonders in den Beschlüssen des Forums der Bewegung der Nichtpackgebundenen in Harare seinen Niederschlag gefunden habe. Er wies darauf hin, daß die Beendigung des Wettrenns bedeutende Mittel für Zwecke der Entwicklung und der Überwindung der Rückständigkeit freisetzen würde.

Die Teilnehmer des Gesprächs verurteilten entschieden das Rassistenregime in Südafrika und dessen imperialistische Schirmherren. Sie bekräftigten ihre Solidarität mit den Frontstaaten und mit den kämpfenden Völkern Südafrikas und Namibias.

M. Kerekou lud M. S. Gorbatschow ein, der Volksrepublik Benin einen Besuch abzustatten. Die Einladung wurde dankend angenommen. Der Termin des Besuchs wird über diplomatische Kanäle abgestimmt.

Das Treffen verlief in einer freundschaftlichen Atmosphäre, von der die Beziehungen zwischen beiden Parteien und Ländern geprägt sind. (TASS)

Gespräch M. S. Gorbatschows mit dem Ministerpräsidenten der Niederlande R. Lubbers

M. S. Gorbatschow ist am 21. November im Kreml mit Rudolph Lubbers zusammengetroffen. Es fand ein offenes, wohlwollendes und informelles Gespräch statt, das zeitweise in einer lebhaften Diskussion mündete.

Es wurden die Ergebnisse der Verhandlungen zusammengefaßt, die der Ministerpräsident der Niederlande und seine Kollegen in diesen Tagen in Moskau geführt hatten. Es wurde das beiderseitige Interesse bekundet, die bilateralen Beziehungen in breiter Front zu entwickeln, Handel, Technologieaustausch, Zusammenarbeit in Industrie, Landwirtschaft, im Bereich der Kultur und menschlicher Kontakte eingeschlossen. Wir wollen es versuchen, sagte M. S. Gorbatschow in diesem Zusammenhang. Er informierte die Gesprächspartner ausführlich über das Wesen der sozialökonomischen und demokratischen Prozesse, die sich in der Sowjetunion vollziehen. Ihnen liegen große Pläne zugrunde, die von dem Volk enthusiastisch unterstützt wurden. Sie vollziehen sich nicht ohne Schwierigkeiten. Wir setzen aber unsere Pläne in die Tat um und sind voller Zuversicht. Und dies wird große Folgen sowohl für das Land als auch für die gesamte Welt haben. Unsere Pläne zeugen davon, daß die Sowjetunion an einer normalen internationalen Situation, an zivilisierten Beziehungen zwischen den Staaten, an einer echten friedlichen Koexistenz interessiert ist.

R. Lubbers erklärte, sein Land wünsche Erfolg den neuen Plänen, die in der Sowjetunion festgelegt sind und realisiert werden, weil dies auch dazu beitragen wird, die sowjetisch-niederländischen Beziehungen auf ein neues Niveau zu heben, wie gestatten wird, das „Mittrauen zu zerstören“.

M. S. Gorbatschow stellte fest, die Sowjetunion möchte, daß die von ihr betriebene Politik für die Niederlande völlig berechenbar wäre. Die Gesprächspartner stimmten darin überein, daß die Beziehungen zwischen beiden Ländern mit neu-

em Leben, mit praktischem Inhalt im Geiste von Helsinki unter Beachtung der spezifischen Interessen und Prioritäten des anderen zu erfüllen sind.

Vorrangiges Augenmerk wurde während des Gesprächs der internationalen Lage nach Reykjavik gewidmet.

M. S. Gorbatschow erinnerte an die von der Sowjetunion in letzter Zeit zu den Abrüstungsfragen unterbreiteten Initiativen und Vorschläge, die den realen Besorgnissen der westeuropäischen Ländern in allen Positionen — von nuklearen bis hin zu konventionellen Rüstungen — vollauf Rechnung trugen.

Die Budapest Initiative der Länder des Warschauer Vertrages war ebenfalls ein Ausdruck der Aufmerksamkeit für die Besorgnisse Westeuropas. Bereits seit einem halben Jahr gibt es aber darauf ebenso keine Antwort, wie man auch auf den Vorschlag nicht reagiert hat, daß die Arbeitsgruppen beider Militärbündnisse zusammen und Frage der Reduzierung der konventionellen Rüstungen und Streitkräften in Europa in Angriff nehmen. Auf kein Verständnis haben wir auch dann gestoßen, als wir einen Ausweg aus der Sackgasse vorschlugen, in die seit 13 Jahren geführten Verhandlungen in Wien geraten waren.

R. Lubbers und H. Van den Broek stimmten zu, daß die Sowjetunion nicht beabsichtige, Westeuropa zu „überfallen“. Ungeachtet dessen konnten sie aber nicht erklären, weshalb die NATO so hartnäckig auf ihren Positionen beharrt, die faktische eine Unterstützung der Hochrüstungspolitik bedeuten. Außerdem wollten sie nicht erklären, weshalb der USA-Präsident einen Monat nach Reykjavik erneut zu einem „Kreuzzug“ gegen die Sowjetunion aufgerufen hatte.

Die Haltung der westeuropäischen NATO-Mitgliedsländer nach Reykjavik bringt uns auf den Gedanken, ob sie wirklich daran interessiert sind, Europa von Kernwaffen zu

Aus Moskau abgereist

Der Ministerpräsident der Niederlande, R. Lubbers, ist am 22. November aus Moskau abgereist. Er hatte auf Einladung der sowjetischen Regierung zu einem Besuch in der Sowjetunion gewillt.

Auf dem Flughafen wurde R. Lubbers und seine Gattin von N. I. Ryschow, Mitglied des Politbüros und Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR, und seiner Gattin sowie

von anderen offiziellen Persönlichkeiten verabschiedet.

Gemeinsam mit dem niederländischen Regierungschef reiste der Außenminister der Niederlande, H. Van den Broek, ab.

Vor der Abreise veranstaltete der Gast eine Pressekonferenz für sowjetische und ausländische Journalisten. (TASS)

andere, daß es eine Illusion ist, die SDI werde die Sicherheit Amerikas erhöhen. Gerade das Gegenteil wird der Fall sein. Weil dieses Programm eine grundsätzlich neue unvorhergesehene Runde des Wettrenns heraufbeschwören kann und darauf abzielt, militärstrategische Überlegenheit zu erlangen, müssen wir unsere Antwort darauf geben: diese Frage haben wir bereits durchdacht.

Die Ursachen für die gehegten Pläne, die UdSSR durch das Wettrennen zu zerrütten, liegen in den folgenschweren Irrtümern über ihre Potenzen, in dem Unverständnis der untrennbaren Verbindung zwischen der sowjetischen Führung und dem Volk, in der Weigerung, den unbeugsamen patriotischen Willen des sowjetischen Volkes zu berücksichtigen.

M. S. Gorbatschow und R. Lubbers stimmten darin überein, daß heute der Zeitpunkt günstig ist. Heute kann man wirklich Vereinbarungen über reale Reduzierungen der Rüstungen und über die Beendigung des Wettrenns herbeiführen. Diesen Zeitpunkt kann man aber verpassen.

M. S. Gorbatschow und R. Lubbers brachten ihre Genugtuung über das geführte Gespräch zum Ausdruck, das einen inhaltsreichen Dialog einleitete. Vieles in der Argumentation der Partner ist klarer geworden. Sie kamen darin überein, den Dialog fortzusetzen und die Suche nach Lösungen für aktuelle Probleme zu verstärken, die für alle wichtig sind.

Die sowjetischen Menschen wissen, daß die Niederlande keine bösen Absichten gegen unser Land haben. Bei allen Unterschieden der Ansichten und Überzeugungen können sie im eigenen Interesse und zum Wohl von ganz Europa gut zusammenarbeiten, sagte M. S. Gorbatschow abschließend.

An dem Gespräch nahmen der Außenminister der UdSSR, E. A. Schewardnadse, und der Außenminister der Niederlande, H. Van den Broek, teil. (TASS)

Interview M. S. Gorbatschows für indische Journalisten

(Schluß)

ken auch bezüglich anderer Fragen des Kampfes gegen das Wetrüsten. Ich denke an Stockholm. Auch dort brachten wir konstruktive Vorschläge ein. Und das hat es erlaubt, dieses wichtige Forum mit Erfolg abzuschließen. Ich schätze die Bedeutung von Stockholm hoch ein. Ferner haben wir ernsthaft dazu beigetragen, in der Frage von Oberer Ostasien über das Verbot und die Beseitigung von chemischen Waffen voranzukommen.

Dies alles war nach Genf. Und schließlich haben wir im Sommer dieses Jahres gemeinsam mit den anderen sozialistischen Ländern bedeutsame Vorschläge zur Reduzierung der konventionellen Waffen und Streitkräfte unterbreitet. Allein das, was ich angeführt habe, reicht aus, um zu bestätigen: Nach Genf hat die sowjetische Führung verantwortungsvoll gehandelt. Was jedoch die Kernwaffen, die Reduzierung des nuklearen Wetrüsten anbelangt, so gab es kein reales Vorankommen. Ich meine damit vor allem die Genfer Verhandlungen zu diesen Fragen. Sie sind im Grunde genommen in eine Sackgasse geraten. Doch auch in dieser Situation haben wir konstruktiv und verantwortungsvoll gehandelt. Angesichts dieser in Genf entstandenen verfahrenen Situation schlug ich dem Präsidenten der USA vor, daß wir uns unverzüglich treffen. Denn was könnte wichtiger sein, als die Geschichte des Friedens, die Geschichte der menschlichen Zivilisation. Es war notwendig, alles einzuschätzen, was in Genf geschied, und den Verhandlungen neue Impulse zu verleihen, damit in diesem gesamten Prozeß dennoch der tote Punkt überwunden wird.

Ich möchte betonen — und das wurde von uns gebührend geschätzt, daß Präsident Reagan den Vorschlag angenommen hat. Das ist an sich schon wichtig. Wir möchten nicht, daß all dies der Sowjetunion allein zugeschrieben wird. Das Treffen hätte nicht stattgefunden, wenn nicht das Einverständnis und der Wunsch des Präsidenten der USA vorgelegen hätten. Gleich nach Beendigung des Treffens in Reykjavik sagte ich auf der Pressekonferenz, daß uns dieses Treffen — bei aller Dramatik — zu einem neuen Grad der Einsicht in die Probleme geführt und vor allem gezeigt hat, daß selbst bei schwierigen Fragen Vereinbarungen möglich sind. Und auch heute bekämpfe ich das, darin besteht die größte Bedeutung von Reykjavik. Ich bedaure, daß unsere Partner über die Ergebnisse von Reykjavik in den Köpfen Verwirrung stiften, und zwar nicht nur in Amerika, sondern auch in der ganzen Welt. Mich enttäuscht das. Der Präsident und die gegenwärtige Administration haben anscheinend nicht die Freiheit, Entscheidungen zu treffen.

Ich sagte und möchte noch einmal wiederholen: Möge Amerika nachdenken, möge es alles abwägen, möge es eine verantwortungsbewußte Entscheidung treffen. Alle unsere Vorschläge bleiben in Kraft. Aber wir wollen noch weiter vorschreiten. Darüber gibt es Möglichkeiten, sie haben sich eröffnet. Die ganze Welt hat das gesehen, und die Welt will das auch. Aber man zieht uns zurück, zurück von Reykjavik. Die amerikanische Administration weiß überhaupt gar nicht mehr, worum es dort ging, oder tut vielmehr so, als wäre in Reykjavik von etwas anderem die Rede gewesen.

Aber auch in europäischen Ländern fanden sich Politiker, die in Panik gerieten über ein solch schnelles und kräftiges Vorschreiten der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten bei der Suche nach Vereinbarungen über die strategischen Raketen und über die Mittelstreckenraketen. Sie wollen jetzt wieder zu all dem zurückkehren, was die Verhandlungen in Genf zu nichte machte, nun vielleicht nicht zunichte, aber auf alle Fälle doch uneffektiv machte. Unsere Hauptaufgabe — so wie sie die Sowjetunion und die sowjetische Führung verstehen — ist es, all das Positive von Reykjavik zu bewahren und das Gebäude zu vollenden, wofür dort der Grundstein gelegt wurde.

Frage: In einigen Kreisen behauptet man, daß SDI eine so große, so entscheidende Bedeutung für die amerikanische Wissenschaft und Technik habe, daß es einfach kein Gegenstand von Verhandlungen sein kann. Das ist nicht mein Argument, aber es gibt eine starke Lobby, die das behauptet. Wie schätzen Sie das ein?
M. S. Gorbatschow: Gewöhnlich bringt jede neue Waffe in gewissem Maße die Technik und Technologie voran. Das ist meiner Meinung nach ein elementarer Fakt. Aber ich will die Frage anders stellen. Denken wir doch einmal an den Preis, den Amerika und die Welt für jene technologischen Leistungen zu zahlen haben, die die Administration erwartet, indem sie eine neue Etappe des Wetrüsten ankurbelt und zur Schaffung von Wetrüsten übergeht, die für die Welt unabsehbare Folgen mit sich bringen können. Können Sie als Vertreter Indiens etwa damit einverstanden sein? Die ganze vernünftige denkende Menschheit kann mit einem solchen Preis für irgendwelche technologische Spitzenleistungen der amerikanischen Industrie und Wissenschaft nicht einverstanden sein.

Kann man denn dieselben technologischen, technischen und wissenschaftlichen Spitzenleistungen etwa nicht durch die Verwirklichung eines Programms der friedlichen Erschließung des Weltraums erreichen? Gerade das schlagen wir vor. Die

Sowjetunion hat bekanntlich in der Organisation der Vereinten Nationen einen Vorschlag dazu unterbreitet.

Wir können über all das sachkundig urteilen. Mit dem Kosmos sind wir gewissermaßen auf du und du, wir arbeiten dort schon seit langem, darunter auch mit Indien zusammen. Und wenn das so ist, wenn man über einen friedlichen Kosmos und seine Erschließung auf der Grundlage der internationalen Zusammenarbeit zu Hochtechnologien gelangen kann, so stellt sich die Frage: Worin besteht dann das tatsächliche Interesse der USA-Administration an SDI. Es geht hier nicht um Technologie, das wissen sehr viele Wissenschaftler in den USA und in der ganzen Welt.

Die amerikanische Administration und die militärisch-industriellen Kreise der USA wollen uns überholen, vordringen und über den Kosmos militärische Überlegenheit erlangen. Strategische Parität und gleiche Sicherheit passen Amerika nicht. Wie sagte Johnson seinerzeit: Die Nation, die im Kosmos herrscht, wird auch die Erde beherrschen. Von diesem Gedanken sind die Politiker und die Vertreter des militärisch-industriellen Komplexes besessen. Das ist der springende Punkt. Wir aber können damit nicht einverstanden sein. Und ich denke, das kann niemand. Man versucht in den USA, das SDI-Projekt in einer solchen Verpackung anzubieten, als gewänne davon die Wirtschaft und letztendlich auch das Volk. Aber das ist Betrug. Und nicht nur Betrug, sondern auch das Haupthindernis auf dem Weg zu den Vereinbarungen, die wir in Reykjavik erörtert haben.

In militärischer Hinsicht bedeutet SDI eine neue Etappe des Wetrüsten, es bedeutet neue Arten von Waffen, Weltraumwaffen. Es ist klar, daß dadurch die internationalen Spannungen nicht gemindert, sondern noch mehr erhöht werden. In politischer Hinsicht stellt sich die Frage, welchen Sinn noch Verhandlungen haben, wenn das SDI-Programm realisiert wird? Wer wird darauf eingehen und damit dem Spiel des militärisch-industriellen Komplexes und der militaristischen Abenteuerer Vorschub leisten? SDI destabilisiert die strategische Situation, festigt das Vertrauen nicht, sondern untergräbt es im Gegenteil noch weiter und wird Verdächtigungen säen. Das Mißtrauen wird sich vergrößern. Die Situation, die entstehen kann, birgt die Gefahr von Wurzelschlußhandlungen in sich. Deshalb müssen sowohl die Amerikaner als auch die gesamte internationale Gemeinschaft genau abwägen, wohin SDI die Welt bringt.

Schließlich ist auch die wirtschaftliche Seite von SDI nicht ohne Bedeutung. Sie ist ein wahrhaft gefräßiges Ungeheuer. Nach amerikanischen Angaben werden dafür mindestens eine Billion Dollar, nach anderen Angaben zwei Billionen Dollar ausgegeben. Das lastet auf Amerika, das lastet auf jene Länder, die gezwungen werden, ebenfalls an diesem Wettlauf teilzunehmen. Und schließlich: Die Probleme und Note der Entwicklungsländer bleiben auf der Strecke. Und das sind himmelstreichende Probleme. Ich denke, sowohl das amerikanische, als auch das sowjetische Volk und die internationale Gemeinschaft müssen dieses Programm zurückweisen.

Uns ängstigt SDI nicht. Wir haben darüber nachgedacht, was wir tun müssen, wenn die Amerikaner SDI fortführen. Aber das wird nicht unsere Wahl sein. Amerika treibt die Welt zu Handlungen mit unvorhersehbaren Folgen. Und das muß die Welt wissen. Wir schätzen die Position Indiens sehr. Die Stimme des friedliebenden Indiens in diesen Monaten eines verschärften Kampfes darum, wohin die Welt geht, ist ein Faktor von gewaltiger Bedeutung und gewaltigem Wert. Wir kennen und schätzen die Position der Sechs-Staaten-Initiative von Delhi. Übrigens möchte ich sagen, daß wir alle ihre Appelle erhalten und beantwortet haben. Die Sowjetunion teilt die Besorgnis Indiens und ist zur Zusammenarbeit bei der Suche nach Lösungen der brennenden Probleme bereit.

Frage: In Ihrer Fernsehansprache vom 22. Oktober sowie in der jüngsten Rede von Herrn Schewardnadse war ein Hoffnungsschimmer — ungeachtet der amerikanischen Versuche, sich von Reykjavik abzukehren und ungeachtet der insgesamt komplizierten Lage, die sich jetzt herausgebildet hat. Doch heute hört man bei Ihnen, so würde ich sagen, etwas mehr Enttäuschung heraus. Habe ich Recht? Sie sind heute ärgerlicher und empörter als vor einiger Zeit.
M. S. Gorbatschow: Ich wollte damit Besorgnis signalisieren. Meine Positionen bleiben dieselben. Ich bin ebenso wie alle meine Kollegen in der sowjetischen Führung sehr beunruhigt darüber, daß die Ergebnisse von Reykjavik im Strom aller möglichen Erwägungen untergehen, die unbedeutend und belanglos sind und deren Ziele darin bestehen, zu verhindern, daß dieser Prozeß auf geradem Wege zu einer besseren Welt führt, das Bewußtsein der Weltöffentlichkeit zu trüben sowie die Ergebnisse des Treffens herabzusetzen. Diese Besorgnis war auch für die Art und Weise meiner Darlegungen bestimmend. Doch wir sind unverbesserbliche Optimisten. Wir halten am Friedenskurs fest und werden noch viel dafür tun, um diesen Prozeß zu erhalten und ihn voranzutreiben. Aber wie man sagt, muß eine Brücke von beiden Seiten gebaut werden.

Frage: Sie sprechen von der Notwendigkeit eines neuen Denkens, eines neuen Herangehens in der Außenpolitik. Wir verfolgen diese Erklärungen mit großem Interesse, so zum Beispiel Ihre Rede in Wladivostok. Wie zeigt sich das in der Außenpolitik der UdSSR?
M. S. Gorbatschow: Eine interessante und wichtige Frage von großer Bedeutung. Unser neues Denken, wie wir es verstehen, basiert auf den Realitäten dieses Jahrhunderts. Wir sitzen alle in einem Boot. Das nuklearkosmische Zeitalter hat uns alle und nicht nur irgendwelche einzelne Länder vor das Problem des Fortbestehens der Menschheit, ihres Überlebens gestellt. Das ist unser gemeinsames Problem. Und deshalb wenden wir uns in unserer Außenpolitik an die gesamte internationale Gemeinschaft. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, die menschliche Zivilisation vor einer nuklearen Katastrophe zu bewahren. Oder nehmen wir ökologische Probleme. Sie sind höchst aktuell geworden. Das sind ebenfalls Probleme, die nur durch Zusammenarbeit aller Länder gelöst werden können. Die Probleme der Armut, der Unterentwicklung, der Rückständigkeit — und zwar ganzer Kontinente —, sie dürfen nicht unbeachtet und ungelöst bleiben. Sie klopfen förmlich an die Fenster und Türen der Weltöffentlichkeit. Wir sind alle verschieden. Jeder vertritt eine bestimmte Ideologie, bekennt sich zu diesem oder jenem politischen System, hängt diesen oder jenen religiösen Überzeugungen an. Das ist so. Nichtsdestotrotz sind wir jetzt alle sehr voneinander abhängig. Wir müssen also anders denken, müssen aktiv nach Wegen zur Schaffung neuer internationaler Beziehungen suchen. Ich glaube, ohne die aktive Teilnahme der Länder eines so riesigen Kontinents wie Asien an der Schaffung neuer internationaler Beziehungen wäre dieser ganze Prozeß nicht realistisch. Denn Asien — das ist sowohl Indien als auch China als auch die Sowjetunion, das sind Milliarden Menschen, sind viele Völker und Staaten. Übrigens, nach meinem Meinungsaustausch mit Herrn Rajiv Gandhi, mit dem ich über diese Themen zweimal gesprochen habe, habe ich den Eindruck, daß wir beide einer Meinung sind: So schwierig dieser Prozeß in Asien auch sein mag — und er ist wirklich nicht einfach —, es muß auf diesem Kontinent mit der Suche nach neuen Lösungen auf ganzer Front begonnen werden. Wie wir ihn uns vorstellen, haben wir in der Rede von Wladivostok darzulegen versucht. Jetzt haben wir den politischen Dialog mit einer großen Zahl von Ländern der asiatischen Region, mit kleinen wie auch mit mittleren Staaten, akiviert. Natürlich zählen wir in diesen Fragen auf einen großen Beitrag Indiens und rechnen mit einem Zusammenwirken mit Indien. Unsere Gedanken über den asiatischen Prozeß tragen wir auch an China heran. Wir respektieren das Recht aller Länder, ihren Weg selbstständig zu wählen, ihr Schicksal, ihr politisches System und ihren Staatsaufbau zu bestimmen. Das muß der Ausgangspunkt sein. Und wir lehnen jegliche Versuche ab, sich in das Leben der Länder, in die inneren Prozesse einzumischen, die bei ihnen vor sich gehen. Wie wir sehen, ist das schwierig. Es ist immer mit Kampf, mit Hindernissen verbunden. Wir stehen auf der Seite der Völker, die einen Weg zur Lösung ihrer nationalen Probleme suchen. Niemand kann ihnen dieses Recht nehmen.

Unsere Außenpolitik beruht auch in der asiatischen Region auf diesen Prinzipien. Es gibt regionale Probleme, wir wollen, daß sie ihre politische Lösung und Regelung finden. Meiner Meinung nach wird dies insgesamt ein schwieriger und langwieriger Prozeß sein, aber er ist unvermeidlich und notwendig. Und noch einmal: Wie die Prozesse in der asiatischen Region ablaufen werden, hängt in vielerlei Hinsicht davon ab, wohin sich die ganze Welt überhaupt in ihrer Entwicklung wendet. Wir können uns über dieses Thema in Delhi noch ausführlicher unterhalten.

Frage: Wir führen dieses Interview mit Ihnen am Vorabend Ihres Besuchs in Delhi. Könnten Sie jetzt vielleicht etwas zu den indisch-sowjetischen Beziehungen sagen? Wie schätzen Sie das indisch-sowjetische Verhältnis, seine Entwicklung seit Jawaharlal Nehru ein? Wie beeinflusst es die Weltpolitik in der heutigen Lage?
M. S. Gorbatschow: Ich habe diese Frage bereits eingangs berührt, bin aber bereit, zu ergänzen: Dieses Thema beschäftigt uns ständig und steht im Mittelpunkt unserer außenpolitischen Tätigkeit. In der Tat, die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Indien haben einen großen Eigenwert, nicht nur für unsere beiden Völker, sondern auch für die ganze Welt. Wir sind mit diesen Beziehungen zufrieden. Wir führen einen sehr aktiven, sehr inhaltsreichen, von tiefem gegenseitigem Verständnis erfüllten politischen Dialog. Das charakterisiert den gesamten Zeitraum, angefangen bei Jawaharlal Nehru bis hin zu Indira Gandhi. Ich bin sehr froh, daß dieser aktive, inhaltsreiche Dialog jetzt von den führenden Repräsentanten der Sowjetunion und Indiens fortgesetzt wird. Wir haben heute meines Erachtens allen Grund, zu sagen, daß auch unsere Zusammenarbeit in Wirtschaft und Handel ein wichtiger Bereich der sowjetisch-indischen Beziehungen ist. Ich möchte hier nicht näher auf Zahlen und konkrete Fakten eingehen. Aber wir haben in all den Jahren, nachdem Indiens Unabhängigkeit proklamiert wurde, auf dem Gebiet der Wirtschaft zusammengearbeitet, und zwar mit guten Er-

gebnissen. Dutzende von Betrieben sind lebendige Symbole dieser Zusammenarbeit und das beste Argument für ihre Effektivität. Wir haben die Perspektive, in den modernsten Bereichen der Industrie zu kooperieren. In der UdSSR werden weitreichende Programme auf dem Gebiet der Informatik, der Rechenstechnik und des Maschinenbaus realisiert. Auch daraus ergeben sich unmissbare Möglichkeiten für die Zusammenarbeit mit Indien. Übrigens werden wir auch während des Besuchs einige dahingehende Entscheidungen treffen. Dazu möchte ich aber vorerst nichts weiter sagen. Wir haben stets mit großer Achtung den Kampf des indischen Volkes um seine Selbständigkeit und Unabhängigkeit verfolgt, seinen friedliebenden Kurs und seine Bemühungen um die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit unterstützt. Breit entwickeln sich unsere wissenschaftlich-technischen Beziehungen, die kulturellen Kontakte, der Tourismus. Das bringt die Völker einander näher, festigt ihre Freundschaft. Bestimmte Probleme sind im Außenhandelsmarkt, im Handel entstanden, aber jetzt gehen sowohl die sowjetische als auch die indische Seite konstruktiv vor, und der Außenhandelsmarkt wird wachsen. Ich glaube, unsere Zusammenarbeit — wie überhaupt die sowjetisch-indischen Beziehungen — hat eine gute Zukunft. Für uns stellt sich die Frage nicht, wie die Beziehungen zu Indien gestaltet werden müssen. Wir sehen in Indien unseren großen Freund und wissen seinen gewaltigen Beitrag zum weltweiten Prozeß in allen Bereichen zu schätzen.

Frage: Herr Generalsekretär, ich möchte auf die indisch-sowjetische Freundschaft, auf den Vertrag zwischen unseren Ländern eingehen, der vor 15 Jahren unterzeichnet wurde. Ist dieser Vertrag auch in der gegenwärtigen internationalen Situation noch als ein wichtiges Dokument anzusehen?
M. S. Gorbatschow: Ja ich denke, daß dieser Vertrag und seine Bedeutung über den Rahmen der sowjetisch-indischen Beziehungen hinausgehen. Natürlich dachten wir, als wir den Freundschaftsvertrag mit Ihrem Land unterzeichneten, vor allem an die Interessen der Sowjetunion und Indiens. Das ist verständlich. Zugleich lassen jedoch die Entwicklungen der Zusammenarbeit auf der Grundlage dieses Vertrages sowie das, was wir bei seiner Verwirklichung erreicht haben, heute die Schlußfolgerung zu, daß diese Beziehungen und folglich auch der Vertrag selbst ein gutes Beispiel für andere Länder sind. Jetzt, da wir von der Suche nach Wegen zur Gesundung der internationalen Lage, von der Festigung der friedlichen Koexistenz der Länder mit unterschiedlichen sozialen Systemen sprechen, ist dieses Beispiel der Zusammenarbeit, dieses Beispiel zwischenstaatlicher Beziehungen ein großes Gemeingut der gesamten Menschheit.

Wie viele Jahre haben wir sehr fruchtbar zusammengearbeitet, ohne daß wir unsere Unabhängigkeit einbüßten, noch Indien die seine, und es hat seine Unabhängigkeit nie preisgegeben. Aber wir haben viel gewonnen. Unsere Beziehungen gestalteten sich zu einem mächtigen Faktor der internationalen Politik. Der Vertrag ist nicht Geschichte. Er ist Aktualität, lebendige Praxis unserer Tage, unserer Zeit. Frage: Herr Generalsekretär, Sie sprachen über die sowjetisch-indischen Beziehungen. Ich hätte gerne gewußt, was Sie für eine noch engere ökonomische und wissenschaftliche Zusammenarbeit unserer Länder vorsehen?
M. S. Gorbatschow: Heben wir uns diese Frage doch für Delhi auf. Und wenn wir alles mit Herrn Gandhi erörtert haben, werden wir Sie davon informieren. Wir werden nichts vornehmen. Um so interessanter dürfte es wohl für Sie sein, wenn gleich von beiden Seiten gesagt wird, worüber wir verhandelt habe. Ich hoffe, Sie werden auf der Pressekonferenz sein. Einigen wir uns doch so, daß Sie diese Frage dort stellen.

Frage: Auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU sprachen Sie über die Absicht der Sowjetunion, sich aus Afghanistan zurückzuziehen. Dann in Wladivostok informierten Sie über den Abzug eines bestimmten Teils der sowjetischen Truppen. Wie sehen Sie die Lage in Afghanistan? Wie schätzen Sie die Zeitpunkte?
M. S. Gorbatschow: Wir halten immer gute, freundschaftliche Beziehungen zu Afghanistan — mit altem Regime und mit allen Regierungen. Sie bestehen auch heute noch. Sowohl in der Vergangenheit als auch jetzt liegen ihnen zwei prinzipielle Gesichtspunkte zugrunde: Es handelt sich um ein Nachbarland, mit dem wir eine zweieinhalbtausend Kilometer lange gemeinsame Grenze haben. Natürlich muß man mit seinen Nachbarn immer in gutem Einvernehmen leben. Und zweitens, dieses Volk hat in Verwirklichung seiner Entscheidung den Weg von Umgestaltungen eingeschlagen. Das ist sein Recht. Wir haben nicht die Absicht, in Afghanistan irgendwelche Stützpunkte zu unterhalten, wir suchen dort auch keine Rohstoffquellen. Die Ereignisse dort entwickeln sich nicht einfach. Die Ursachen sind sowohl ihnen als auch uns bekannt. Seinerzeit sind wir dem Ersuchen nachgekommen, Afghanistan zu helfen, und haben dorthin auf Bitte seiner Regierung zeitweilig Truppen entsandt. Wir haben natürlich nicht vor, für immer dort zu bleiben. Damit würden sich auch das afghanische Volk und seine Regierung kaum einverstanden erklären.

Wir sind für eine politische Regelung um Afghanistan. Die afghanische Regierung will das ebenso. Das, was unter der Schirmherrschaft der UNO getan wird — ich meine die Gordovez-Mission —, ist ein realer Prozeß. Er kann zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht werden und zu einer politischen Regelung führen, sofern natürlich auch Pakistan und die Vereinigten Staaten von Amerika für eine politische Regelung sind. Aber vorerst sehen wir, daß — sobald sich ein Fortschritt in der Regelung abzeichnet — von dieser Seite sofort Maßnahmen ergreifen werden, um ihn zu sabotieren. Ich denke, dennoch ist jeder Tag nicht mehr fern, da die Frage der politischen Regelung der Situation in Afghanistan gelöst sein wird. Dies wird gleichzeitig auch die Lösung der Frage des Abzugs unserer Truppen aus Afghanistan bedeuten. Wir sind für ein pakifreies und unabhängiges Afghanistan. Und noch einmal möchte ich sagen: Wir hegen keinerlei expansionistische Ambitionen gegenüber Afghanistan. Das sollte der ganzen Welt absolut klar sein.

Frage: In der ganzen Welt gibt es jetzt großes Interesse an jenen Veränderungen, die in der Sowjetunion verwirklicht werden. In mehreren Reden charakterisiert Sie diese Veränderungen als gleichbedeutend mit einer Revolution. Könnten Sie nicht etwas näher darauf eingehen?
Und als Ergänzung zu dieser Frage, möchte ich noch gefaßter fragen: Dieser Prozeß hat ein Ziel. Gestern erfuhr ich, daß der Oberste Sowjet der UdSSR das Gesetz über die individuelle Erwerbstätigkeit beschlossen hat. In welcher Hinsicht unterscheidet sich Ihre gegenwärtige Wirtschaftspolitik von der Wirtschaftspolitik, die Lenin durchführte? In welchem Maße nehmen Sie sich an der neuen ökonomischen Politik Lenins ein Beispiel?
M. S. Gorbatschow: Unser Land wurde durch den Sozialismus auf jenes Niveau gebracht, auf dem wir jetzt stehen. Es ist ein modernes Land, das viele Fragen gerade im Zuge der sozialistischen Umgestaltungen gelöst und ein gewaltiges Potential geschaffen hat, um weiterhin erfolgreich voranzukommen, die Wirtschaft zu entwickeln, die sozialen Fragen, die Fragen der Beziehungen zwischen den Nationalitäten zu lösen, eine zuverlässige Verteidigung zu haben und seinen Beitrag zur Gestaltung moderner internationaler Beziehungen zu leisten. Unser Territorium genügt uns. Es reicht uns, aber wir haben auch nichts davon zu verschrecken. Wir sind ein eng zusammengeschlossenes Volk — mit einem sehr ausgeprägten Gefühl des Patriotismus und des Stolzes. Ist doch alles bisher im Lande Geschehene ein Werk des Volkes. Aber wir sind trotzdem noch unzufrieden, und warum? Vor allem deshalb, weil wir mehr leisten können. Wir haben ein leistungsfähiges Wirtschaftspotential geschaffen. Wir haben eine starke Wissenschaft, vielleicht sogar die stärkste in der Welt. Und glauben Sie nicht, daß ich prahlen will: Diese Einschätzung ist schließlich nicht von mir, sie wird von der ganzen Welt getroffen. Wir haben ein gutes Kapitalpotential. Unsere werktätige Jugend verfügt im wesentlichen über Mittel- und Hochschulbildung. Wir sind der Auffassung, daß wir einen neuen großen Schritt vorankommen können, wenn die Möglichkeiten der sozialistischen Planwirtschaft nutzen, die es ermöglicht, die notwendigen Schritte im Interesse des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, bei der Bestimmung der richtigen Proportionen und Prioritäten sowie bei der Weiterentwicklung des sozialen Bereichs der Gesellschaft zu tun. Ich denke, daß wir vor einiger Zeit etwas bequem geworden waren. Es zeigte sich Erscheinungen von Selbstgefälligkeit und Trägheit. Das war lastet wie ein Auswuchs unserer Errungenschaften, der positiven Werte und Eigenschaften unserer Gesellschaft — des Rechts auf Arbeit, Gesundheitsschutz, Bildung, soziale Sicherheit und so weiter. Die Folge davon war dann eben Sorglosigkeit.

Das alles haben wir auf unserem Parteitag eingeschätzt. In der Gesellschaft selbst herrschte bereits Unzufriedenheit darüber, wie unsere Wirtschaft, unsere politischen Institutionen und unsere sozialistische Demokratie funktionieren, und die Atmosphäre in den Kollektiven war unbefriedigend. Als die Partei die Veränderungen in Angriff nahm, fand ihre Politik eine starke Unterstützung im Volk, denn sie widerspiegelt die Stimmung der Menschen. Es ist eine Politik der Beschleunigung der Umgestaltung aller Lebensbereiche der Gesellschaft im Rahmen des Sozialismus und auf sozialistischer Grundlage. Mit einem Wort — auf der Grundlage dessen, was wir in 70 Jahren erreicht haben, die Gesellschaft noch vollkommener zu gestalten und auf ein qualitativ höheres Niveau zu heben. Unser Grundgedanke ist, durch wissenschaftlich-technischen Fortschritt sowie dessen Verbindung mit der Planwirtschaft und durch Demokratisierung der Gesellschaft diesen Prozeß in Bewegung zu setzen und die Weiterentwicklung der Gesellschaft zu gewährleisten. Wir haben bereits sehr weitreichende Programme auf dem Gebiet des wissenschaftlich-technischen Fortschritts aufgestellt und verwirklicht. Sie erfassen alle Bereiche. Priorität räumen wir dem Maschinenbau und der Rechenstechnik ein, wir verändern die Strukturpolitik. Von entscheidender Bedeutung für die Realisierung unserer Pläne

und unserer Politik wird jedoch sein, wie wir die werktätigen Menschen in diesen Prozeß einbeziehen. In der Wirtschaft wollen wir das durch die wirtschaftliche Rechnungslegung, die Selbstverwaltung der Produktionskollektive, die Erweiterung des Kreises wählbarer Leitungskader und durch einen neuen Wirtschaftsmechanismus erreichen. Die Ausarbeitung eines neuen Betriebsgesetzes steht kurz vor ihrem Abschluß. Darüber wird es eine Volkssprache geben. In dem Gesetz wird verankert sein, wie die Wirtschaft unter den heutigen Bedingungen funktionieren muß. Seine Hauptrichtungen sind die Demokratisierung in der Produktion, hohe Selbständigkeit und hohe Verantwortung der Arbeitskollektive. Dieses Herangehen wird von den sowjetischen Menschen begrüßt. Der Prozeß ist schon im Gange. Wir wollen ferner, daß das politische System einschließlich der Organe der Sowjetmacht, der gesellschaftlichen Organisationen, der Gewerkschaften, des Komsomol, der Frauorganisationen und anderer effektiver funktioniert. Wir wollen den Faktor Mensch darüber hinaus durch eine tiefgreifende Veränderung der Sozialpolitik im Interesse der Werktätigen wirksamer machen. Ich möchte sagen, in der verstärkten Hinwendung zur Sozialpolitik liegt heute der Schlüssel für die Lösung vieler Fragen in der Gesellschaft. Dabei ist festzustellen, daß die Umgestaltung nicht leicht ist. Das Haupthindernis liegt im Denken. Wir brauchen eine Veränderung der sich über Jahre herausgebildeten Denkmuster. Wir schaffen solche wirtschaftlichen, sozialen, politischen und ideologischen Voraussetzungen, die uns helfen lassen, daß sich dieser Prozeß durchsetzt. Wir werden die Umgestaltung aller Bereiche der Gesellschaft sichern. Keine geringe Bedeutung messen wir den Fragen der Gesundung der geistig-kulturellen Sphäre, der moralischen Atmosphäre in der Gesellschaft bei. Sehr stark ist in unserem Volk das Streben nach Gerechtigkeit, danach, daß die Prinzipien des Sozialismus konsequent eingehalten werden, die erkämpften Werte sich festigen. Deshalb führen wir einen kompromißlosen Kampf gegen jegliche negativen Erscheinungen wie Amtsmissbrauch, Kriminalität, amoralisches Verhalten, Verstoß gegen Disziplin und Ordnung, Alkoholmißbrauch. Die gesamte Gesellschaft nimmt aktiv daran teil. Das Neue kämpft gegen das Alte. Milanter nimmt das scharfe Form an. Der Kampf steht unter Führung der Partei. Auch in der Partei wird die Arbeit vollkommener, in ihr selbst vollziehen sich Veränderungen. Dabei stellen wir die Frage so: Die ganze Umgestaltung in der Gesellschaft muß bei der Partei beginnen. Wir stellen jetzt höhere Anforderungen an die Kommunisten. Mancher war mit dem Bisherigen, mit seiner Lage zufrieden. Jetzt haben wir alle an ihre Pflicht gegenüber dem Volk gemahnt. Das hat sehr große Bedeutung.

Die Umgestaltung erfordert Zeit und Mühe. Ich kann aber mit Gewißheit sagen, daß wir auf dem richtigen Weg sind und vom Volk unterstützt werden. Und diese Unterstützung nimmt ständig zu. Alles, was dem Sozialismus dient, begrüßen wir. Wir schaffen die Voraussetzungen dafür, daß alle unserer Ordnung innewohnenden Möglichkeiten genutzt werden. Wir werden sowohl die Planinstrumente als auch die materiellen Stimuli, die sozialen Faktoren und Möglichkeiten, die mit der Vervollkommnung der Ware-Geld-Beziehungen zusammenhängen, effektiver nutzen. In diesem Kontext haben wir auch das Gesetz über individuelle Erwerbstätigkeit verabschiedet. Das alles geschieht im Rahmen des Sozialismus. Diesen Weg gehen wir ohne Zögern. Das wird für unser Land und unter Eingedenk seiner Rolle in der Welt, auch für die ganze Welt Auswirkungen von immenser Tragweite haben. Natürlich, indem wir solche Pläne aufstellen und realisieren, sind wir am Frieden und der Zusammenarbeit mit anderen Ländern — sozialistischen, Entwicklungsländern und kapitalistischen Ländern — interessiert. Für all das sind wir aufgeschlossen. Frage: Ich möchte eine Frage zum Nahen Osten, der so wichtigen Region, stellen. Haben Sie neue Friedensinitiativen für diese Region?
M. S. Gorbatschow: Der Naher Osten ist ein gemeinsames Problem für die ganze Welt. Ich möchte unterstreichen, ein gemeinsames Problem. Meiner Ansicht nach gibt es hier keinen Fortschritt, weil einige Staaten dieses Problem auf ihre Weise lösen wollen. Jetzt sehen wir, daß die Politik aller möglichen Umgestaltungsmaßnahmen oder Separatmaßnahmen zu nichts Gutem geführt hat. Ich denke, in der internationalen Gemeinschaft reift jetzt die Einsicht, daß die Lösung des Problems dieser sehr wichtigen und explosiven Region auf internationale Ebene gebracht werden muß. Ich möchte dabei die Konstruktivität unseres Vorschlags über die Notwendigkeit bekräftigen, mit den Vorbereitungsarbeiten zur Einberufung einer internationalen Nahostkonferenz durch den UNO-Sicherheitsrat und ein entsprechendes Vorbereitungskomitee zu beginnen. Eine solche Vorbereitungsstufe auf der Grundlage bilateraler Kontakte und des multinationalen Meinungsaustausches würde es gestalten, die ernsthaften Vorschläge zu gelangen, die den Interessen aller Staaten entsprächen. Heute besteht meines Erachtens ein höheres Maß an Einsicht in die Realität und Effektivität eines solchen Weges. Es hat mich gefreut, mit Ihnen zusammenzutreffen und bei dieser Gelegenheit in Beantwortung Ihrer Fragen der indischen Öffentlichkeit meine Gedanken darlegen zu können. Meiner Meinung nach ist das eine, wenn sie so wollen, nützliche Maßnahme am Vorabend meines Besuchs in Indien. Auf Wiedersehen, bis bald in Delhi. Vielen Dank.

Bei laufendem Betrieb Die Einwohner von Jermak ahnten nicht einmal, daß die elektrische Übertragungsleitung mit 500 Kilovolt Spannung, die die Stadt mit Elektroenergie versorgt, repariert wurde. In den Wohnungen brannte wie immer das Licht, in den Betrieben lief die Produktion ohne Unterbrechung. Diese einmalige Arbeit führte die Brigade von Elektromonteurs aus dem Ekibastuser Betrieb für Hochspannungsnetze aus. Beim Ausschleichen der Abstandhalter des Spannfeldes mußten sie auf Leitungsdrähten treten, durch die Starkstrom floß. Als erste unter den Energietikern Kasachstans arbeiteten unter solchen ungewöhnlichen Bedingungen der Leiter des Dienstes für Hochspannungsnetze F. Rödlar und die Elektromonteur K. Saparow, J. Sergejew und andere. In unserem Lande hat man eine neue Technologie des Betriebs und der Instandsetzung einer elektrischen Übertragungsleitung „ohne deren Abschaltung entwickelt“, sagte F. Rödlar. „Das Koordinationszentrum für die Arbeiten an unter Spannung stehenden Übertragungsleitungen befindet sich in Wymana. Unter Kontrolle der Wissenschaftler und Spezialisten machten wir dort einen Kursus mit.“ Schwieriger als alles andere war es nach Meinung der Teilnehmer dieser Arbeiten, die psychologische Barriere zu überwinden. Es genügt noch nicht zu wissen, daß der spezielle Abschirmanzug theoretisch absolut zuverlässig ist, man muß sich entschließen können, auf die Leitungsdrähte zu treten, in denen Starkstrom fließt. Der erste Schritt ist nun getan. Nun bittet man schon die Energiebrigade aus Ekibastus, ihr Können und Wissen Kollegen in anderen Gebieten der Republik zu vermitteln. (KasTAG)

Metallurgie für Schlacken Die Wissenschaftler des Instituts für Metallurgie und Erzaubereitung bei der Akademie der Wissenschaften der Kasachischen SSR und Fachleute des Dsheskasganser Bergbau- und Hüttenkombinats haben eine Aufgabe gelöst, die schwieriger zu sein scheint als die Suche nach einer Nadel in einem Heuschauer. Sie haben nämlich gelernt, Metalle aus Kippen auszubringen, die nach der vor einigen Jahren stillgelegten Kupferhütte Karsakpai zurückgelassen sind. Diese Kupferhütte war einige Jahrzehnte lang in Betrieb, doch die Lagerstätte wurde leergefördert, und die Kupferproduktion verlagerte sich in andere Betriebe. In Karsakpai blieben nur Halde von zwei Millionen Tonnen zurück. „Es war längst bekannt, daß die Schlacken wegen der unvollkommenen Technologie noch viel Metall enthalten“, berichtet der Laborleiter des Instituts A. Kwjatkowski. „Doch es mußte bewiesen werden, daß das Ausbringen von Kupfer, Zink und Eisen aus den Schlacken vorteilhafter als die Nutzbarmachung armer Lagerstätten sein kann. Die Hauptschwierigkeit bestand darin, daß diese Stoffe hier buchstäblich in atomarem Zustand verstreut waren. Folglich taugten die traditionellen Methoden ihrer Anreicherung nicht. Dafür erwies es sich als möglich, die Metalle chemisch zu reduzieren. Wir wählten die nötigen Reagenzien aus und die Reaktion gelang. Das auf solche Weise gewonnene „Konzentrat“ läßt sich schon schmelzen. In den Elektroöfen verdampfen die leichteren Elemente und werden als Gas aufgefangen. Die von Metall befreiten Schlacken aber haben sich als ausgezeichnete Rohstoffe für die Produktion von Baumaterialien erwiesen. Daraus lassen sich Schlackenzwolle, Wandblöcke und Platten herstellen.“ Das aus Schlacken gewonnene Metall kann sich natürlich nach seinen Eigenschaften nicht mit den von der Natur geschaffenen Metallen messen, doch man kann es bei der Produktion von Erzeugnissen verwenden, wo die Metallqualität keine wesentliche Rolle spielt. In der Nähe von Karsakpai befindet sich das Dsheskasganser Bergbau- und Hüttenkombinat, dessen Produktionsrückstände gehaltenmäßig den Schlacken von Karsakpai gleichkommen. Die Anwendung der Neuentdeckung in diesem Werk wird es außerdem ermöglichen, die Oberfläche der Erde von dieser viel Millionen schweren „Last“ zu befreien. (KasTAG)

Entfernungen werden kürzer Einen beachtlichen Beitrag zur rascheren Erschließung der Erdöl- und Gasvorkommen in der Kasachischen Senke leistet die Luftlinie Kasachstans. Hier hat man mit dem Bau eines Netzes moderner Flughäfen begonnen. Der erste davon ist in Kenkijak, Gebiet Aktjubinsk, seiner Bestimmung übergeben worden. Kenkijak ist das Zentrum der Vereinigung neuer Erdölvorkommen. Das künstliche Rollfeld und der Komplex anderer bodengestützten Einrichtungen ermöglichen das Lande und Starten der Flugzeuge Jak 40 und anderer komfortabler Großraumflugzeuge dritter Klasse, statt der An 2, die hier früher verkehrten. Dank dem Einsatz von Großflugzeugen werden die Wachdienstbrigaden der Bohr- und Bedienungsbatterien aus entlegenen Gebieten des Landes rascher und ohne zusätzliches Umsteigen herbeiführt und wird regelmäßiger Luftverkehr mit dem Gebietszentrum gesichert. Ähnliche Flughäfen sollen in diesem Planzeitraum auf dem Erdölvorkommen Tengis und dem Gasvorkommen Karatschaganak gebaut werden. (KasTAG)

Aus aller Welt Panorama

In den Bruderländern

Computer antworten auf Fragen der Agronomen

BERLIN. Eine der wichtigsten Fragen des Agrarwesens, wie die Düngemittel auf den Feldern effektiver und vorteilhafter zu verteilen sind, wird nun durch Computer beantwortet. In der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR kommt die Entwicklung der Systemunterlagen und des Programmpaketes für die optimalste Lösung dieser und anderer agrarwissenschaftlicher Fragen zum Abschluss.

Wie Dr. Dieter Sparr, Vizepräsident der Akademie, in seinem Interview für die Zeitung „Bauern-Echo“ mitteilt, werden mehr als fünfzig neue technologische Lösun-

sungen und Methodiken, die ihre hohe Effektivität bewiesen haben, in die Praxis eingehen. Eine besondere Rolle werden dabei die Biotechnologie und die Mikroelektronik spielen, denen im Kampf um die Vergrößerung der Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse eine entscheidende Rolle zukommt.

Einen bedeutenden Beitrag zur Erzielung hoher wissenschaftlicher Ergebnisse haben die Wissenschaftler der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften geleistet, die in diesem Jahr ihren 35. Jahrestag begangen hat.

Hochwertige Kohle aus „Haldex“

PRAG. Der gemeinsame tschechoslowakisch-ungarische Betrieb „Haldex“ in Ostrava hat erste Ergebnisse und hochwertige Kohle aus Haldengestein geliefert. Die Jahreskapazität des neuen Verarbeitungsobjekts wird 75.000 Tonnen erreichen. Laut Berechnungen der Spezialisten wird das Kollektiv des internationalen Betriebs etwa 500.000 Tonnen Haldengestein „umschmelzen“ müssen, um einen solchen Zuschlag zum Energiepotential zu erzielen.

Das hohe Mechanisierungsniveau der Arbeiten in diesem Betrieb schließt die manuelle Arbeit vollständig aus. Der Brennstoff wird zwischen

der Tschechoslowakei und Ungarn gleichmäßig aufgeteilt werden. Die Arbeitsbiographie von „Haldex“ hat gute Perspektiven. Im Kohlenbecken Ostrava-Karvina haben sich in den Jahren der Kohlegewinnung ganze Berge von Gestein angehäuft, das zusammen mit den Beimengungen hochwertiger Kohle an die Oberfläche gefördert wurde. Man ist der Ansicht, daß die Aufwendungen für den Bau des neuen Betriebs in drei Jahren wieder hereinkommen werden. Groß ist seine Bedeutung auch bei der Sanierung der ökologischen Lage in dieser Region. Dies ist eine der Hauptaufgaben, die bei der Schaffung des internationalen Betriebs in diesem großen Industriezentrum der CSSR gestellt wurden.

Unvergeblische Festtage

SOFIA. Zu einem bedeutenden politischen und kulturellen Ereignis sind in Bulgarien die Festtage des sowjetischen Buches geworden. Diese Veranstaltung ist drei Ereignissen des Jahres gewidmet — dem 69. Jahrestag des Großen Oktober, dem XXVII. Parteitag der KPdSU und dem XIII. Parteitag der BKP.

Solche Festtage werden traditionsgemäß in jedem Herbst seit 1950 durchgeführt. Das erste Mal fanden sie in Sofia statt. In den

nachfolgenden Jahren wurden verschiedene Bezirksstädte zu Zentren dieser Buchfesttage. In diesem Jahr ist Lovetch zum Mittelpunkt der Treffen mit sowjetischen Verlegern, Prosaikern und Dichtern geworden. Im Haus der Jugend befindet sich eine Ausstellung gesellschaftlich-politischer, schöpferischer und wissenschaftlich-technischer Literatur. Auf dem Programm des Festes stehen sowjetische Filme, Pressekonferenzen, Treffen mit Lesern, Schriftstellern und Dichtern.

Aggressives Vorgehen

Die zunehmende militärische Präsenz der USA in Mittelamerika, die Nicaragua gefährdet, ist von der Regierung dieses Landes verurteilt worden. Wie es in einer in Managua veröffentlichten Erklärung des Außenministeriums heißt, werden vor der nikaraguanischen Küste Seestreitkräfte der USA konzentriert. Eine Gruppe von amerikanischen Kriegsschiffen kreuzt seit kurzem vor der Küste des benachbarten Kostarika. Auf den USA-Stützpunkten in Panama seien zunehmende Aktivitäten zu verzeichnen. Diese und andere Tatsachen seien eine Bestätigung für die Verstärkung der unmittelbaren Teilnahme der USA an den aggressiven Aktionen gegen Nicaragua. Die sandinistische Regierung forderte von den Vereinigten Staaten erneut, die gegen Nicaragua gerichtete Politik von Drohungen und Erpressung aufzugeben und die grundlegenden Völkerrechtsnormen und -prinzipien zu respektieren.



Vom Hüfenkombinat Bhillal weiß heute ganz Indien. Seit der Inbetriebnahme des Werks sind mehr als 45 Millionen Tonnen Stahl und über 35 Millionen Tonnen Feilspatz gefertigt worden. Gegenwärtig wird das Werk gleichzeitig mit dem Ausbau seiner Produktionskapazitäten rekonstruiert und modernisiert. Unser Bild: Im Vordergrund — Chefingenieur A. Semjonow aus Magnitogorsk (rechts) mit seinem indischen Kollegen im Siemens-Marlin-Werk des Kombis.

Nichts anderes als Lügen...

Je höher in der Welt die Welle der Massenproteste gegen den gefährlichen militaristischen Kurs der USA schlägt, desto intensiver und raffinierter versuchen die Machthaber in Washington, die Friedenspolitik der UdSSR zu diffamieren und anzuschwärzen und die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit mit Hilfe von Propagandafeldern zu dem Thema „Treu der USA zu den Idealen der Freiheit“ abzulenken. Ein weiterer Beweis dafür ist die längere Rede des USA-Präsidenten im Forschungszentrum für Ethik und gesellschaftliche Politik. Man braucht wohl einen Computer, um zu errechnen, wievielmal Ronald Reagan in dieser Rede das Wort „Freiheit“ gebraucht. Doch je hartnäckiger dieser Termin vom Präsidenten wiederholt wird, desto offensichtlicher wird es, daß hinter seiner Rhetorik nichts anderes als Verleumdungen, Betrug und Lüge stecken...

Nikaragua durchsetzen wollen. Um eine „Freiheit“, die Washington auf den Bajonetten der Marineinfanteristen nach dem von ihm besetzten Grenada brachte...

Von Freiheit reden in Washington diejenigen, die im eigenen Land ein System der legalisierten Staatswillkür schaffen. Es vergeht kaum eine Woche, daß aus den USA nicht grausame Verfolgungen und Repressalien gemeldet würden, denen alle ausgesetzt sind, die des „Andersdenkens“ überführt worden sind oder zumindest verdächtig werden. Nach Angaben der amerikanischen Presse selbst besitzt der FBI zur Zeit Dossier über 34 Millionen Bürger — praktisch über die ganze erwachsene Bevölkerung des Landes...

Und diese ganze Demagogie — ein anderes Wort läßt sich wohl kaum finden — verbrämt mit Verleumdungen und Entfindungen an die Adresse der UdSSR gepaart mit Behauptungen, die USA streben nichts anderes als einen „Fortschritt“ bei den amerikanisch-sowjetischen Abrüstungsverhandlungen an. Als ob man gleichzeitig auf einen Erfolg bei diesen Verhandlungen hinarbeiten und Versuche unternehmen könne, mit Hilfe von SDI die Positionen einer militärischen Oberlegenheit zu erreichen. Als ob man seriös von einem „Fortschritt“ bei den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen reden und zugleich offen für die Einmischung in die Angelegenheiten der souveränen sozialistischen Staaten plädieren könne.

„Ronald Reagan behandelt selbst nach gemäßigten politischen Standards die Wahrheit sehr willkürlich“, vermerkt die Zeitung „Washington Post“ in einem Kommentar der Position des Weißen Hauses zu den Ergebnissen von Reykjavik. „Man sieht mit Bedauern, wie der Präsident eine Unsinnigkeit ausdenkt und diese eine Tatsache nennt.“ Es ist wirklich bedauerlich. Besonders, wenn man in Washington einen Berg von antisowjetischen Unsinnigkeiten aufhäuft. Und das Ende dessen ist nicht abzusehen.

Juri KORNILOW, TASS-Kommentator

Wer verletzt den SALT-2-Vertrag?

Die Reagan-Administration hat bereits die wichtigsten Bestimmungen des SALT-2-Vertrages verletzt. Das erklärte der stellvertretende Direktor der „Vereinigung für Rüstungskontrolle“ James Rubin in Washington. Er verwies darauf, daß das „Ausrollen des 131. strategischen B-52-Bombers, der mit nuklearen Marschflugkörpern bestückt ist, auf dem Luftwaffenstützpunkt in San Antonio (Bundesstaat Texas) davon zeugt, daß die USA die wichtigsten Bestimmungen des SALT-2-Vertrages bereits überschritten haben“.

Die Zahl der strategischen Raketen mit individuell lenkbaren Sprengköpfen und der Bomber mit Marschflugkörpern auf 1320 zu beschränken.

Wie die Zeitung „Washington Post“ berichtet, „ist eine Reihe hochrangiger Vertreter der Administration, die darum baten, ihre Namen nicht zu nennen, der Auffassung, daß der Vertrag bereits verletzt worden ist, weil der umgerüstete Bomber von den technischen sowjetischen Beobachtungsmitteln bereits registriert werden kann“. Die Zeitung erinnert daran, daß die Raketen und mit Marschflugkörpern bestückten Bomber entsprechend den Vertragsbestimmungen nach ihrem „Ausrollen aus Werkhallen, Betrieben oder anderen Objekten“ aufzurechnen.

Über die Schaffung eines Systems der Sicherheit

Die UdSSR-Delegation auf der 41. Tagung der UNO-Vollversammlung hat ihre Vorstellungen von der Frage der Schaffung eines umfassenden Systems der Weltfriedenssicherheit entwickelt. Die sozialistischen Länder, darunter die Sowjetunion, die diese Frage der Tagung zur Diskussion vorlegen, lassen sich von der ersten Besorgnis über die Geschehnisse der Welt, von der Sorge um die Zukunft der Völker leiten, sagte der Stellvertreter des Außenministers der UdSSR W. Petrowski vor dem ersten UNO-Ausschuß. Dieser Vorschlag hat zum Ziel, praktisch eine von der Politik der Stärke und der Gefahr einer nuklearen Selbstvernichtung freie, gerechte und demokratische Welt aufzubauen, in der es keinen nuklearen noch einen militärkosmischen Klub irgendwelcher exklusiven Mächte geben wird. Eine humane Welt, wo das Recht eines jeden Menschen auf Leben garantiert ist, wo die Völker frei einen eigenen unabhängigen Entwicklungs-

weg wählen können. Eine Welt der Rechtsordnung und Moral, wo die freie und sichere Entwicklung jedes Volkes zu einer Voraussetzung für eine freie und sichere Entwicklung und das Gelingen der gesamten Weltgemeinschaft sein wird. Die direkten Garantien dafür, daß sowohl ein nuklearer als auch ein konventioneller Krieg außerhalb des Gesetzes gestellt werden, müssen das Fundament des gesamten Gebäudes der Sicherheit bilden. Entscheidende Bedeutung erlangen die Liquidierung der materiellen Basis der Kriegführung und die „Abrüstung“, die physisch die Möglichkeit eines Einsatzes von Waffengewalt ausschließen würde. Eine stabile Sicherheit für alle erfordert die Beseitigung sowohl der auf der Erde bestehenden Waffenarsenale als auch die Verhinderung des Eintretens von Waffen in den Weltraum. Sie kann nicht existieren, wenn zur Gefahr von der Erde eine Gefahr aus dem Kosmos hinzukommt oder sie ersetzt.

hängigen Entwicklungs- weg wählen können. Eine Welt der Rechtsordnung und Moral, wo die freie und sichere Entwicklung jedes Volkes zu einer Voraussetzung für eine freie und sichere Entwicklung und das Gelingen der gesamten Weltgemeinschaft sein wird. Die direkten Garantien dafür, daß sowohl ein nuklearer als auch ein konventioneller Krieg außerhalb des Gesetzes gestellt werden, müssen das Fundament des gesamten Gebäudes der Sicherheit bilden. Entscheidende Bedeutung erlangen die Liquidierung der materiellen Basis der Kriegführung und die „Abrüstung“, die physisch die Möglichkeit eines Einsatzes von Waffengewalt ausschließen würde. Eine stabile Sicherheit für alle erfordert die Beseitigung sowohl der auf der Erde bestehenden Waffenarsenale als auch die Verhinderung des Eintretens von Waffen in den Weltraum. Sie kann nicht existieren, wenn zur Gefahr von der Erde eine Gefahr aus dem Kosmos hinzukommt oder sie ersetzt.

Gottes Mühlen mahlen nicht

Diese Gerichtssache hatte sich, sage und schreibe, 32 Jahre in die Länge gezogen. Und jetzt erklärte die Westberliner Staatsanwaltschaft Ende Oktober: Die ihr übertragene gerichtliche Untersuchung der Verbrechen der ehemaligen Richter und Schöffen des sogenannten Volksgerichtshofes des Hitlerregimes sei eingestellt. Das Ergebnis der „tyranischen Arbeit“ der Westberliner und westdeutschen Anwälte (denn von 1954 bis 1965 hatten sich damit auch die Behörden der BRD befaßt) war: Eine einzige Anklage, einem Prozeß gegen eine Person zugrunde gelegt, die eigentlich nur eine Nebenrolle gespielt hatte. Auch dieses Urteil wurde durch das Bundesgericht aufgehoben und der Verbrecher vorübergehend „ungeschoren“ im eigenen Bett noch vorher. Er war nur einer der 577 nazistischen „Diener der Themis“, die sich im faschistischen „Volksgerichtshof“ betätigt hatten.

schafft zugeschoben. Wir berufen uns wieder auf die „Deutsche Welle“, die auf jede Weise bestrebt war, den sowjetischen Hörern beizubringen, daß alles gesetzesmäßig gesehehen sei. Da die weitere gerichtliche Untersuchung in Sachen der Mitglieder des „Volksgerichtshofes“ schon damals (Ende der 60er Jahre — V. B.) wenig Aussichten auf Erfolg hatte, war sie bis 1979 eingestellt worden: Wenn es nicht den Druck der antifaschistischen Öffentlichkeit und eine gewisse Peinlichkeit gegeben hätte, die die Sozialdemokratische Partei empfand, als man ihr auf die sonderbare Pause hinwies, hätte vielleicht alles damit auch geendet. Schließlich erfolgte dann doch die Anordnung vom Justizminister Meier, die Untersuchung fortzusetzen. Aber die Pause, die mehr als zehn Jahre lang gedauert hatte, hatte ihre Wirkung nicht verfehlt. Die Mehrheit der Verbrecher war inzwischen gestorben, das Alter der anderen ließ auf ein noch nachsichtigeres Verhalten zu ihnen seitens der Westberliner Rechtsorgane hoffen; und diese Hoffnung ging auch in Erfüllung, wie wir sahen. Die Untersuchung wurde eingestellt gerade unter Berufung darauf, weil, wie die „Deutsche Welle“ es formuliert, die Personen, die das Gerichtsverfahren erfassen könnten, jetzt bereits wegen dem vorgeschrittenen Alter und dem Gesundheitszustand unfähig seien, an der Gerichtsverhandlung teilzunehmen.

Was war das eigentlich für eine Behörde? Oh, durch ihre Tätigkeit hat sie, so der Sender „Deutsche Welle“, der mit Antifaschisten durchaus nicht sympathisiert, „das dunkelste Kapitel in die Geschichte der deutschen Rechtspflege geschrieben“. Dieses Organ hatten die Faschisten speziell zur Verfolgung der Kritiker und Gegner des Regimes geschaffen. In den elf Jahren hatte man hier 16.000 Urteile, darunter 5.200 Todesurteile gefällt. Das war eigentlich ein Todesfahndband mit dem berüchtigten Roland Freisler an der Spitze.

Die Ermittlungen hatten also 1954 begonnen. Die Gerichtsmaschinen der BRD und Westberlins quatschten, zuckten und rutschten aus; man begriff auch, warum. Außer daß man sich in der BRD und in Westberlin zu den ehemaligen Nazis überhaupt wie zu Opfern der historischen Katastrophe, nicht aber wie zu ihren Schöpfern verhielt, wollte man seinesgleichen nichts einfach zuleide tun. Nur ungern bekannte die „Deutsche Welle“ am 24. Oktober in einer Sendung in Russisch, daß einige der Mitglieder des „Volksgerichtshofes“ auch in den Nachkriegsjahren noch Richter, Beisitzer oder Anwälte gewesen seien. Sind es wirklich nur einige gewesen? Wenn dem so wäre, die Mehrheit war es. Praktisch alle, die nicht den Abschied genommen hatten. Andere bezogen vom Bonner Staat Renten, wie sie sich ein gewöhnlicher Bürger nicht träumen lassen kann. Der Handlanger Freislers, Ernst Lauts, strich z. B. allein als Kompensation für „nicht-ausgezahltes Gehalt“ 125.000 Mark ein, und auch heute überweist man ihm monatlich 16.000 Mark. Freislers Witwe bezieht ebenfalls regelmäßig runde Sümchen „für ihren Mann“.

Elf Jahre später hatte man in Bonn beschlossen, die eigenen „Gerechtigkeitshüter“ von der mühseligen Mission zu befreien und alles der Westberliner Staatsanwalt-

schafft zugeschoben. Wir berufen uns wieder auf die „Deutsche Welle“, die auf jede Weise bestrebt war, den sowjetischen Hörern beizubringen, daß alles gesetzesmäßig gesehehen sei. Da die weitere gerichtliche Untersuchung in Sachen der Mitglieder des „Volksgerichtshofes“ schon damals (Ende der 60er Jahre — V. B.) wenig Aussichten auf Erfolg hatte, war sie bis 1979 eingestellt worden: Wenn es nicht den Druck der antifaschistischen Öffentlichkeit und eine gewisse Peinlichkeit gegeben hätte, die die Sozialdemokratische Partei empfand, als man ihr auf die sonderbare Pause hinwies, hätte vielleicht alles damit auch geendet. Schließlich erfolgte dann doch die Anordnung vom Justizminister Meier, die Untersuchung fortzusetzen. Aber die Pause, die mehr als zehn Jahre lang gedauert hatte, hatte ihre Wirkung nicht verfehlt. Die Mehrheit der Verbrecher war inzwischen gestorben, das Alter der anderen ließ auf ein noch nachsichtigeres Verhalten zu ihnen seitens der Westberliner Rechtsorgane hoffen; und diese Hoffnung ging auch in Erfüllung, wie wir sahen. Die Untersuchung wurde eingestellt gerade unter Berufung darauf, weil, wie die „Deutsche Welle“ es formuliert, die Personen, die das Gerichtsverfahren erfassen könnten, jetzt bereits wegen dem vorgeschrittenen Alter und dem Gesundheitszustand unfähig seien, an der Gerichtsverhandlung teilzunehmen.

Ein himmelschreiender Beschluß! Gerade so hat ihn ein bedeutender Teil der Öffentlichkeit Westberlins und der BRD aufgefaßt. Diese faktische Rehabilitierung der faschistischen Henker 41 Jahre nach der Zerschlagung des faschistischen Deutschlands ist eine grobe Verletzung der Menschenrechte und eine Verhöhnung des Andenkens der Opfer des Faschismus, heißt es zum Beispiel in der Erklärung des Präsidiums des Bundes der Antifaschistischen Deutschlands — einer Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes. Alfred Emmerlich, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bundestag, sagte, es sei eine unerhörte Schande, daß diese Mörder in Richtertalar noch auf freiem Fuß seien. Der Vorsitzende dieses „Tribunals“ Freisler und seine Handlanger unterscheiden sich durch nichts von den Henkern, die in den Konzentrationslagern und den Folterkammern der Gestapo am Werk waren.

Doch warum soll uns das wundernehmen? In der BRD und in dem ihr nacheifernden Westberlin genießen die Nazis schon lange ein „Schonregime“. Laut offiziellen Angaben sind von den bis zum Beginn dieses Jahres ermittelten 90.291 Kriegsverbrechern die vor Gericht gestellt werden mußten, nur 6.479 abgeurteilt worden. Die meisten von denen, die doch noch vor Gericht erscheinen mußten, wurden freigesprochen oder kamen mit ge-

ringten Geldstrafen davon, als ob es sich nicht um Morde, sondern um eine banale Vorfahrt bei Rotlicht handelte. Wenn es aber gar nicht ohne Gefängnisstrafe ging, wurden sie zu möglichst kurzer Haftzeit verurteilt. Unsere Leser erinnern sich an das Urteil, das über Otto, einen der Mörder Ernst Thälmanns, gefällt wurde: insgesamt vier Jahren Geldstrafen davon, als ob es sich nicht um Morde, sondern um eine banale Vorfahrt bei Rotlicht handelte. Wenn es aber gar nicht ohne Gefängnisstrafe ging, wurden sie zu möglichst kurzer Haftzeit verurteilt. Unsere Leser erinnern sich an das Urteil, das über Otto, einen der Mörder Ernst Thälmanns, gefällt wurde: insgesamt vier Jahren

ringten Geldstrafen davon, als ob es sich nicht um Morde, sondern um eine banale Vorfahrt bei Rotlicht handelte. Wenn es aber gar nicht ohne Gefängnisstrafe ging, wurden sie zu möglichst kurzer Haftzeit verurteilt. Unsere Leser erinnern sich an das Urteil, das über Otto, einen der Mörder Ernst Thälmanns, gefällt wurde: insgesamt vier Jahren

In wenigen Zeilen

NEW YORK. Als Kriegsverbrechen sind die Politik und die Praktiken Israels auf den besetzten palästinensischen Gebieten vom Politischen Sonderausschuß der UNO verurteilt worden. Der Ausschuß verurteilte die Menschenrechtsverletzungen, die von Israel auf palästinensischem Boden begangen werden, und verabschiedete sieben Resolutionsentwürfe, in denen die Verbrechen Israels als eine „Beleidigung der Menschheit“ bewertet werden.

NICOSIA. Die enorme Zahl von Widersprüchen und das Durcheinander, die in den jüngsten Äußerungen Reagans dominierten, sind für einen Staatschef kaum zulässig. Das erklärte Ayatollah Khomeini in Teheran zu der jüngsten Pressekonferenz von USA-Präsident Reagan. Die USA-Administration sei bemüht, einen großen Skandal zu verfechten. Wegen dieser Schande sollte der USA-Präsident eine Trauer anordnen, und das Weiße Haus sollte zu einem schwarzen Haus werden.

Vor-Ort-Inspektion unter Leitung der IAEA

Auf die Notwendigkeit einer umfassenden internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Gewährleistung von Sicherheitsmaßnahmen in den Objekten, die Kernenergie für friedliche Zwecke nutzen, hat der Generaldirektor der Atomenergieorganisation (IAEA), Hans Blix, verwiesen. Im nationalen Presseklub stellte er dieser Tage mit Genugtuung fest, daß unter der Leitung der IAEA zum erstenmal eine internationale Vor-Ort-Inspektion gebildet wurde, die die Situation in fried-

lichen Atomenergieobjekten überwachen soll. Blix betonte, daß die IAEA-Inspektion beauftragt ist, diese Objekte auch auf dem Territorium der kernwaffenbesitzenden Staaten zu kontrollieren. In diesem Zusammenhang verwies Blix darauf, daß die UdSSR sich vor zwei Jahren bereit erklärt hat, einen Teil ihrer Kernkraftwerke unter die IAEA-Kontrolle zu stellen.

Durch die Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit in Nuklearobjekten werde die Atmo-

sphäre des Vertrauens verstärkt, betonte Hans Blix. Er hob die Tatsache hervor, daß die ersten Inspektionen der Kernkraftwerke auf dem Territorium der kernwaffenbesitzenden Großmächte einen außerordentlich nützlichen Präzedenzfall darstellen werden. „Die Verfahren, die wir bei den Inspektionen benutzen, könnten bei der Ausarbeitung von Maßnahmen zur Überprüfung künftiger Abkommen auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle nützlich sein“, betonte er.

In Widersprüchen verwickelt

In recht entschiedenem Ton begann Präsident Reagan am vergangenen Mittwoch seine Pressekonferenz, die dazu dienen sollte, „den amerikanischen Volk Erklärungen zu geben“ über die trotz der Geheimhaltung rufbar gewordenen skandalösen Geschehnisse um die Waffenlieferungen nach Iran. Er nannte keine konkreten Personen in diesem Land, die die amerikanischen Waffen erhalten haben, sondern sprach lediglich von „gewissen Leuten“. Der Präsident wiederholte die Behauptungen, diese Lieferungen seien nur unbedeutend gewesen, es habe sich „nur um Verteidigungswaffen und Ersatzteile“ gehandelt, damit sei eine Verbesserung der Verhältnisse zu Iran angestrebt und — was besonders lächerlich klingt — das Ziel verfolgt worden, zur Beendigung des iranisch-irakischen Krieges beizutragen.

Der Präsident gab zu, daß es innerhalb der Administration zu ersten Kontroversen in der Frage der Waffenlieferungen nach Iran gekommen und die endgültige Entscheidung von ihm persönlich getroffen worden sei.

Reagan lag daran, die Welle der Entrüstung abzuwehren, die sich sowohl in den USA als auch in vielen anderen Ländern angesichts der Enthüllungen über die Versuche der Administration erhoben hat, auf direktem Wege Öl ins Feuer des iranisch-irakischen Krieges zu gießen und mithin den hegemonistischen Ambitionen der USA und ihres „strategischen Verbündeten“ Israel im Nahen Osten Auftrieb zu geben. Daher erklärte der Präsident, er habe „angewiesen, keine weiteren Waffen nach Iran zu liefern“. Indes dachte er nicht daran, zu leugnen, daß die von ihm am 17. Janu-

ar unterzeichnete Direktive, die die „Geheiminitiative“ in Bezug auf Iran urkundlich bekräftigte, noch nicht aufgehoben worden ist und — wie der Sprecher des Weißen Hauses, Larry Speaks, erst am 17. November mitgeteilt hat — „technisch in Kraft bleibt“.

Die auf der Pressekonferenz angewesenen Journalisten gaben sich offensichtlich mit den Erläuterungen des Präsidenten nicht zufrieden und bombardierten ihn buchstäblich mit Fragen. Es ging nicht um Klärun, was nun eigentlich die wirklichen Ziele der „Geheiminitiative“ waren und aus welchem Grunde sich der Präsident entschlossen hatte, unter Umgehung des Kongresses und in Verletzung der früher verkündeten Politik der „strikten Neutralität“ im iranisch-irakischen Krieg und des Waffenembargos gegen die kriegführenden Parteien zu handeln, ob der Präsident bestätige, daß die USA die Lieferungen nach Iran unter Beteiligung anderer Länder, vor allem Israels, sanktioniert hätten.

Und nun begab sich der Präsident auf Glatteis. Zunächst leugnete er kategorisch, daß die USA an den Lieferungen amerikanischer Waffen nach Iran direkt beteiligt seien. „Prompt kam die Frage: Wie ist es aber mit Israel? Hat doch selbst Donald Regan zugegeben, daß dieses Land im September 1985 Waffen nach Iran geschickt habe.“

Der Präsident wies das erneut kategorisch zurück. Die so offensichtliche Unwahrheit aus dem Munde des Präsidenten wurde von den Journalisten mit Befremden registriert. Dies entging denn auch Regans Beratern nicht, und sie ergriffen umgehend Maßnahmen.

Die Verantwortung für diesen Terroranschlag übernahm die bisher unbekannt Organisation „Kommando für die Befreiung von Rudolf Heß“. Die Polizei erklärte, sie fahnde nach den Verbrechern. Doch allem Anschein nach macht dieses Ereignis den Behörden viel weniger Sorgen als das zur gleichen Zeit erfolgte Attentat auf den Chef der Immigrationsabteilung des Innenministeriums der BRD, der sich in der Stadt befand. Da hat man unverzüglich eine aktive Fahndung eingeleitet, und die Bonner Regierung hat sofort mit der Erarbeitung strengerer Ergänzungen zur Strafgesetzbuch begonnen. Die Zeitungen schrieben einmütig, daß die „revolutionären Zellen“ (die Gruppe, die das Attentat verübte) in die Fußtapfen der RAF (Roten Armeefraktion — einer bekannten regierungsfeindlichen Terroristenbande) treten. Wenn sie festgenommen werden, wird man mit ihnen nicht viel Federlesens machen.

Über den Beschluß der Westberliner Staatsanwaltschaft aber veröffentlichte sie meist nur fade Notizen. Auch ein Wunder, sozusagen.

Valeri BERG, Berichterstatter der „Freundschaft“

„Herr Präsident“, rief einer der Journalisten, „die Amerikaner glauben Ihnen schlicht und einfach nicht.“

Bezeichnend ist auch folgendes. Vor der Pressekonferenz des Präsidenten veröffentlichte die „Washington Post“ eine Reihe von Fragen, die an ihn verschiedene Persönlichkeiten in der Hoffnung gerichtet hatten, in den Ausführungen des Chefs des Weißen Hauses Antworten darauf zu finden. So unter anderem fragte die Redakteurin der „Saint Paul Pioneer Press“ Deborah Howell aus dem Bundesstaat Minnesota: „Wie können Sie, während Sie Unwahrheit sprechen, damit rechnen, unser Vertrauen zu Ihnen wiederherzustellen?“

Die Pressekonferenz hat gezeigt, daß der Präsident es vorzieht, Fragen dieser Art aus dem Wege zu gehen.

Kaum war die Pressekonferenz zu Ende, da ließ das Weiße Haus schon eine „Richtigstellung“ verbreiten, in der zur Vermeidung einer „Missdeutung einer Antwort“ des Präsidenten zugegeben wurde: „Jawohl, ein Land war in unser Geheimprojekt gegenüber Iran einbezogen.“

Mit offenem Sarkasmus reagierte man auf Regans Erläuterung der Motive für die Waffenlieferungen nach Iran. Kein Wunder. Denn der Präsident erklärte: „Unser Ziel besteht darin, Iran dahin zurückzubringen, wo es früher gestanden hatte, daß heißt in die Familie der demokratischen Länder.“ Hier kam die recht merkwürdige Auffassung des Präsidenten von „Demokratie“ zum Tragen. Wenn das Schah-Regime in Iran, in dem die Geheimpolizei Savak unter Anleitung von Beratern aus der CIA mit Massenterror ihr Regiment führte, Mitglied der „demokratischen Familie“ war, so ist damit alles gesagt. Zu dieser Art „Demokratie“ also suchen die USA die Völker zurückzubringen. Und dies tun sie durch die Einmischung in die Angelegenheiten nicht nur Irans, sondern auch vieler anderer Länder, so zum Beispiel Nikaraguas, Angolas und Afghanistans, zu deren „Rettung“ der Präsident im „Zentrum für Ethik und Gesellschaftspolitik“ aufrief, wo er am Vorabend der Pressekonferenz sprach.

Auch bei anderen Problemen geriet der Präsident in Verlegenheit. So verkündete er, bei der Unterstützung der Kontras gehe es den USA „um den Sturz“ der Regierung Nikaraguas. Dabei hatten sowohl der Präsident selbst als auch andere Mitglieder der Administration bisher nicht gelugnet, daß

Briefe an die Freundschaft

Richtige Einstellung

An der Anschlagetafel der Zelinograd Eisenwerke wurde ich auf eine Gruppe Arbeiter aufmerksam, die lebhaft miteinander sprachen. An der Tafel hing ein an die Betriebsleitung gerichteter Dankbrief: „Die Truppenführung des Belorussischen Rotbanners-Militärbezirks spricht Ihrem Mitarbeiter Alexander Müller großen Dank aus für die ausgezeichnete Erfüllung eines Auftrags bei der Liquidierung der Folgen der Havarie in AKW Tschernobyl. Kommandeur...“

„Schau mal, unser Müller hat sich hervorgetan!“

„Unser Abteilungsleiter ist überall auf der Höhe!“

„So ist er ja, unser Sascha!“

Solche und ähnliche Ausrufe waren an der Tafel zu hören. Der Ingenieur Alexander Müller, dem dieser Dank gilt, ist im Kollektiv der Eisenwerke eine bekannte Persönlichkeit. Nach Absolvierung der Hochschule wirkte er in verschiedenen Abschnitten des Betriebs, und überall erwies er sich als tüchtiger Fachmann und liebenswürdiger Kollege.

„Alexander ist ein Mann, der eine richtige Einstellung zum Leben und zu seinen Pflichten hat“, erzählte Amangelidij Nijasbekow, Chefmechaniker der Eisenwerke. „Er besitzt das Talent, schnell die auftretenden technischen Probleme zu lösen und ist äußerst praktisch veranlagt.“

Die Zeit in der Militäreinheit verding für Alexander wie im Fluge. Gegenwärtig ist er wieder in seine Heimatstadt zurückgekehrt und geht gewissenhaft wie immer, seinen Pflichten nach.

Heinrich EDIGER

Was ihm Freude macht

Im Neulandsowchos „Jamschewski“, Rayon und Gebiet Pawlodar, ist Robert Hermann einer der angesehensten Arbeiter der Reparaturwerkstatt. Als hochqualifizierter Schlosser und geschickter Ausbilder wird er von seinen Kollegen geschätzt.

Früh verwaist, kam er 1948 in die Siedlung der Erzgrube Dshusoly im Rayon Bajau-Aul. Wer

weiß, wie sich sein weiteres Leben gestalten sollte, wenn sein Weg sich nicht mit dem von Klemens Bader gekreuzt hätte. Dieser gute Mensch nahm sich des Waisen an und brachte ihn in die Reparaturwerkstatt. Dort kam ihm der Kfz-Mechaniker Viktor Schlepkin sehr wohlwollend entgegen, und die beiden Männer bildeten ihn als Reparatur-schlosser aus. Der Junge war sehr lernfreudig und fleißig. Am Morgen war er immer mit den ersten Arbeitern in der Werkstatt und man sah ihn nie müde.

Dann kam ein Tag, an dem Viktor Schlepkin zu ihm sagte: „Mein lieber Junge, es ist so weit, unser Wunsch ging in Erfüllung, du bist jetzt ein universaler Reparatur-schlosser. Ich wünsche dir Erfolg im Leben!“

So arbeitete Robert Hermann bis 1956 in dieser Reparaturwerkstatt. Danach siedelte er um in den Neulandsowchos „Jamschewski“ und geht hier nun bereits 30 Jahre seinem Beruf nach. Mit vollem Recht gilt er den angehenden Arbeitern als Vorbild. Werden Fahrer auf einen weiten Weg geschickt, so rät man ihnen: Geht nur erst zu Robert Antonowitsch, er soll euren Wagen auf den Zahn fühlen. Und er tut es gern. Die Möglichkeit den Kollegen zu helfen, macht ihm die größte Freude.

Auch mit seiner Familie ist er zufrieden. Seine drei Kinder sind schon erwachsen, und die fünf Enkelkinder lieben ihren Großvater über alles.

Jakob STEINMETZ
Gebiet Pawlodar

Mehr als geplant

Nach dem Armeedienst kehrte Alexander Herdt in den heimatischen Sowchos „Put Ijitscha“ zurück.

Im vergangenen Herbst erntete die Arbeitsgruppe, zu der er gehört, 245 Dezitonnen Mais je Hektar — weit mehr, als es geplant war. In diesen Tagen wird der Grundstein für die Ernte 87 gelegt. Und wieder ist Alexander stets unter den Bestarbeitern.

Vitali LUFT

Gebiet Nordkasachstan

Glückwunsch

Mein Bruder Benjamin Unruh, wohnhaft in Leninpol, Kirgisien, wird am 26. November 70 Jahre alt. In der Familie des Bruders sind fünf fleißige, ehrliche Geschwister herangewachsen, die alle in Leninpol ihr Bestes tun.

Im Namen der Kinder, aller Verwandten und Bekannten gratuliert dem Jubilär seine Schwester Liesa zum Wiegenfest.

Damit das Herz gut bleibt

Begegnen wir irgendwo einen schlechten Eigenschaft im Verhalten eines Menschen, wird unsere Einstellung zu ihm gewöhnlich abweisend. Dabei unterlassen wir oft, daß der Besitzer dieser unangenehmen Eigenschaft das erste Opfer der eigenen Mängel ist, die sich wahrscheinlich entwickelt haben, weil dieser Mensch etwas, was zur vollwertigen Entwicklung unentbehrlich ist, seinerzeit nicht mitbekommen hat. Boshheit und Unverträglichkeit einiger Jungs sind meines Erachtens die Folgen der emotionalen Taubheit ihnen gegenüber, ihres dringenden Bedürfnisses nach Herzessgüte und Fürsorglichkeit. Dieses Defizit ist womöglich in der Familie entstanden und hat die Herausbildung der feinsten und komplizierten Seiten der sich entwickelnden Persönlichkeit des Kindes beeinflusst.

Ich habe mich wiederholt davon überzeugen können, daß solche lei-

den und gekränkten Kinder in ihrer Mehrheit aus mißratenen Familien hervorgehen. Streik und Zank ist nicht nur für diejenigen schädlich, die ihr eigenes Nervensystem in ständiger Spannung halten. Das bedeutet, daß in der Familie das gesunde moralische Klima fehlt, und das Kind bekommt zu wenig emotionelle „Nahrung“, ohne die es sich nicht normal als Mensch entwickeln kann. In solch einer Familie erkennt man dieses Übel auf den ersten Blick. Wie oft aber mangelt es den Kindern an positiven Emotionen in Familien, die als vollkommen normal gelten!

Auf meine Bitte befragte eine Lehrerin in der ersten Klasse ihre Schüler — es waren ganze 43 —: „Wer von euch war mit seinen Eltern im Theater?“ Es meldeten sich drei. „Und in einer Gemäldeausstellung?“ Zwei. „Und in Museen?“ Vier. Nur im Kino und Zirkus waren alle Kinder. Die meisten mit ih-

ren Vätern. Darauf fragte ich die Eltern: „Was für Bücher lesen eure Kinder?“ Sechzehn von ihnen konnten die Buchtitel nennen, den Inhalt kannten nur sieben. Zu knapp sind die Kontakte der Eltern mit ihren Kindern! Dabei ist dies nur die einfachste Art eines Kontakts, wenn der Erwachsene das Kind begleitet. Wo bleiben aber die Kontakte unter den Persönlichkeiten, die die Seele des Kindes erwärmen und läutern? Hier genügen auch nicht gemeinsame Lesen oder gemeinsame Film- und Theaterbesuche mehr. Der Erwachsene braucht eine bestimmte emotionelle Kultur, doch wie oft mangelt es ihm daran, fehlt der elementarste Wunsch und die Bereitschaft, sich mit seinem Kind zu unterhalten, und zwar als Gleicher mit Gleichen und ihm volle Achtung entgegenzubringen. Das ist aber nur dann möglich, wenn die Erwachsenen und die Kinder ein Leben haben. Wenn die Freunde der Kinder zu unseren Freunden, ihre

Bücher zu unseren Büchern werden und ihre Begeisterung unsere Begeisterung wird. Dabei handelt es sich um keine aufdringliche Kontrolle und Einmischung in das Leben des Kindes, sondern um die natürliche Anteilnahme durch die Weisheit gegenseitigen Verstehens, durch die gemeinsame Freude über den Erfolg der Kinder, durch ernsthaft und engagierte Gespräche von Überwindung der begangenen Fehler.

Gerade an solch einem Glück, an solchem gegenseitigen Verständnis und an solcher Freundschaft mit den Eltern mangelt es mitunter unseren Kindern. Manchmal beginnt das mit der Notwendigkeit, das Kind im Ganztagskindergarten für volle fünf Tage unterzubringen. Später in der Ganztagschule, Selbstverständnis ist das eine reale Hilfe für die berufstätigen Eltern, die im Betrieb oder auch im gesellschaftlichen Leben in Anspruch genommen sind, durch Studium oder etwas anderes überlastet sind. Doch diese Hilfe sollte man mit Vorsicht nutzen. Manchmal kommt es sogar vor, daß die Eltern am Wochenende zu Hause sind, das Kind aber im Kindergarten

bleibt. Die Eltern haben es leicht und bequem. Doch die Kinder sind im Nachteil. Sie sind der häuslichen Wärme und der seelischen Nähe zu den Eltern beraubt.

Wenn dieser Umstand den Eltern richtige Sorgen macht, werden sie bestrebt sein, die kürzere Zeit ihres Beisammenseins durch interessanten und markanten gemeinsamen Zeitvertrieb aufzulockern und dazu jede Minute nutzen. Die Kinder profitieren dadurch nur, und die Erziehung im Kollektiv verleiht ihnen zusätzliche gute Eigenschaften.

Richtig einwirkend wirken auf die Eltern und Kinder gemeinsame Arbeit, gemeinsame Sorgen, gemeinsame Pläne und Träume.

Lediglich darin sehe ich die wahre Quelle für gegenseitiges Verstehen und seelische Nähe zwischen ihnen.

Wir alle wollen, daß unsere Kinder gesund und klug werden. Doch sie sollen nicht nur körperlich gesund und stark sein, sondern auch einen gesunden Geist und ein gutes Herz haben.

Anatoli PAK,
Kandidat der pädagogischen
Wissenschaften

Dshambul

Initiative, Fleiß und ständiges Suchen

Victor Wiens, Deutschlehrer mit 20jähriger Arbeitspraxis, dessen Stunden in der 2. Mittelschule von Rudny stets lebhaft und interessant verlaufen, ist bestrebt, seinen Schülern perfekte Kenntnisse im mündlichen Sprachpraktikum zu vermitteln. „Freies Sprechen lernt sich durch längere Praxis“, pflegt er zu sagen, und in seinen Stunden kommt jeder Schüler zum Sprechen. Kein einziges russisches Wort fällt in den 45 Minuten.

Schon von den ersten Stunden an in der 4. Klasse, fördert Victor Wiens bei seinen Schülern das Nachahmen und freie Wiedergeben der einfachen Sätze — das Fundament der Sprechfertigkeiten. Dadurch wird die sprachliche Atmosphäre geschaffen, wobei die wichtigste Aufgabe — die kommunikative Tendenz des Unterrichts — gelöst wird. Die Schüler lernen, ihre Gedanken und Gefühle in der Fremdsprache richtig auszudrücken. Als Stützpunkte wendet Wiens 17 verschiedene Spiele an — „Rate mal!“, „Wer ist der aufmerksamste?“, „Der Kalender“, „Der Schneeball“, „Der wüßigste Burattino“ usw.

„Eine gute Hilfe sind auch die deutschen Lieder; natürlich nicht nur die aus dem Lehrbuch“, meint Victor Wiens. „Lustige Kinderlieder und Volkslieder bleiben im Gedächtnis der Schüler und können zur Sprachübung nacherzählt werden.“

Sein Fachkabinett ist gut ausgestattet. Viele Tabellen und Anschauungsmittel sind von ihm selbst angefertigt worden. Mehrere techni-

sche Mittel stammen auch von ihm. Wiens sieht die Aufgaben eines Fremdsprachenlehrers auch darin, das Interesse der Schüler für das politische Leben zu wecken, und nutzt jede Möglichkeit zur internationalen Sprachpraktikum zu vermitteln. „Freies Sprechen lernt sich durch längere Praxis“, pflegt er zu sagen, und in seinen Stunden kommt jeder Schüler zum Sprechen. Kein einziges russisches Wort fällt in den 45 Minuten.

Mehrere Schüler von Victor Wiens sind inzwischen Deutschlehrer geworden und holen sich nun bei ihm als Kollegen Rat. Der Pädagoge hält mit seinen reichen Erfahrungen nie hinter dem Berg. Er hält oft Referate auf den methodischen Lehrerberatungen sowie Vorträge zu seinem Lieblings Thema „Förderung der Sprechfertigkeiten in der Anfangsstufe“.

Die jungen Lehrer hospitieren gern bei Victor Wiens und lernen von ihm. Er erteilt oft offene Stunden für die Teilnehmer von Sprachkursen im Lehrerweiterbildungsinstitut von Kustanai.

Die Methodiker des Fremdsprachenkabinetts des Lehrerweiterbildungsinstituts Kustanai erforschen seine Erfahrungen zu deren Verbreitung unter anderen Deutschlehrern des Gebiets.

Emma BRAUSEMANN,
Methodikerin im Fremdsprachenkabinett beim Lehrerweiterbildungsinstitut

Gebiet Kustanai

Rentner, und was nun?

Die Menschheit wird älter. Laut UNO-Angaben sind heute in den entwickelten Ländern 16 Prozent der Bevölkerung älter als 60 Jahre, in den Entwicklungsländern etwa 7 Prozent. In 50 Jahren werden es 23 bzw. 14 Prozent sein. Der Humanismus einer Gesellschaft wird also zunehmend dadurch bestimmt, wie sie sich zu ihren alten Menschen verhält.

Alle werden wir älter. Das ist so gesetzmäßig, wie jeden Tag die Sonne auf- und untergeht. Kümmerst sich die Gesellschaft aber nicht um die betagten Menschen, kann das schlimme Folgen haben.

Ein Bekannter von mir, ein Journalist, war kürzlich in Amerika. Er erzählte mir, im vergangenen Frühjahr habe Richard Laam, Gouverneur des USA-Bundesstaates Colorado, erklärt, daß die betagten Amerikaner die Pflicht hätten, rechtzeitig zu sterben! So miserabel sei die Altersfürsorge. Im gleichen Atemzug läßt sich die amerikanische Presse darüber aus, daß Hinrichtungen auf dem elektrischen Stuhl oder in der Gaskammer eigentlich furchtbar inhuman seien. Eine Spritze sollte doch in diesen Fällen genügen. Im New-Yorker „La Guardia“-Spital hängen an den Betten von Patienten, bei denen keine besonderen Rettungsmaßnahmen mehr „lohnen“, spezielle rosafarbene Täfelchen. Dementsprechend richten die Ärzte ihr Verhalten ein. Einerseits also Barmherzigkeit gegenüber Verbrechern, andererseits vorsätzliche Grausamkeit gegenüber Kranken und Alten.

Wovon im Alter leben?

In vielen Ländern besteht erst Anspruch auf Altersrente, wenn der Werkstätige Sozialversicherungsbeiträge entrichtet. In der Sowjetunion, wo jeder Werkstätige und dessen Angehörige ein verfassungsmäßiges Recht auf Rente haben, mehren der Staat und die ihm gehörenden Betriebe und Einrichtungen sämtliche Ausgaben auch für die Altersversorgung auf sich.

In unserem Lande gibt es jetzt 54,6 Millionen Rentnempfläner, das ist etwa jeder fünfte Einwohner. Anspruch auf Rente haben Männer mit 60 und Frauen mit 55 Jahren. Ausnahmen gelten für Werkstätige bestimmter Berufe sowie einiger sozialer Gruppen, die 5 bis 10 Jahre eher in Rente gehen können, so Bergleute, Chemie- und Hüttenwerker, Textilarbeiter sowie im hohen Norden Tätige.

Viele Ausländer, die die Sowjetunion besuchen, interessieren sich für die Altersversorgung im Sozialismus. In ihren Heimatländern ist das Rentenalter bedeutend höher, und dies bei vorherigen Beiträgen zur Sozialversicherung.

Wichtig für die Festsatzung der

Rentenerhöhung bedeutet (für 7 Millionen Bauern sogar um 50 Prozent). Mehr Rentner kommen jetzt auch in den Genuß einer 50prozentigen Ermäßigung für Arzneimittel, Arbeiter und Angestellte, die mindestens 25 Jahre in einem Betrieb oder einer Einrichtung gearbeitet haben und 10 Jahre länger als gesetzlich festgesetzt beschäftigt sind, erhalten einen 20prozentigen Rentenzuschlag. Auch die Hinterbliebenenrenten und die Renten für Invaliden des zweiten Weltkriegs wurden heraufgesetzt.

Arbeit hält jung

Das beste Mittel, dem natürlichen Altersprozess entgegenzuwirken, ist aktive Beschäftigung. Viele wollen deshalb auch nach Erreichen des Rentenalters weiterarbeiten. Das deckt sich mit Einschätzungen der Gerontologen, die meinen, daß fast jeder noch mindestens 5 bis 10 Jahre aktiv und effektiv arbeiten kann. Auch der Staat hat ein Interesse, möglichst viele Rentner in die gesellschaftlich nützliche Tätigkeit einzubeziehen. Die Sowjetregierung hat für sie günstige Bedingungen geschaffen. Viele Kategorien haben einen kürzeren Arbeitstag, die Arbeitsnormen sind für sie niedriger, und sie erhalten einen längeren bezahlten Urlaub. Weshalb also nicht arbeiten, wenn man sich noch gesund und munter fühlt und der Gesellschaft nützen möchte. Arbeiter kann man übrigens auch daheim Heimarbeit von Rentnern findet jetzt bei uns immer weitere Verbreitung. Alles, was sie für die Arbeit brauchen, wird ihnen ins Haus geliefert, die fertigen Erzeugnisse werden abgeholt. Allein in der RSFSR gibt es 188 000 Heimarbeiter. In letzter Zeit hat auch die Zahl der Beschäftigten zugenommen, wo die arbeitenden Rentner Lohn bzw. Gehalt plus Rente voll gezahlt bekommen.

In der UdSSR arbeitet jetzt jeder dritte, der das Rentenalter erreicht hat, weiter. Dafür gibt es moralische und materielle Anreize. Soziologen stellen z. B. die Frage: Was veranlaßt einen Menschen, weiterhin berufstätig zu sein, obwohl ihm der Staat ein sorgenfreies Alter garantiert?

Der 50jährige Viktor Sawazki hatte 25 Jahre lang im Ural als Bergmann gearbeitet. Nach seiner Pensionierung siedelte er mit Frau und Sohn nach Roslow über, einer Stadt mit südlichem Klima. Dort kaufte er ein Haus mit Grundstücken und begann zu wirtschaften. Ein paar Monate ruhte er sich aus, dann ging er wieder arbeiten. Er

wollte wieder unter Menschen sein.

Auch die 55jährige Irina Batschura, Zuschneiderin im Minsker Wirkwarenkombinat, wollte weiterhin berufstätig sein. „Über meine Gesundheit kann ich nicht klagen“, meinte sie. „Zu meinem Lohn erhalte ich auch meine volle Monatsrente. Meine beiden Jungen lernen noch, der eine in der Schule, der andere in einem Technikum. So ist es ganz gut, wenn etwas mehr Geld im Haus ist.“

Der Mechaniker Wladimir Petrow vom Moskauer Elektromaschinenbaubetrieb erzählte folgendes: „Eigentlich wollte ich mich noch gar nicht pensionieren lassen. Aber plötzlich wurde ich schwer krank und mußte aus dem Betrieb ausscheiden. Als ich dann wieder gesund war, hatte ich das Gefühl, als wäre ich in voller Fahrt aus einem Zug gesprungen. Ich begriff, lange halte ich dieses Nichtstun nicht aus. Und da wandte ich mich an das Heimarbeitskombinat. Nicht, weil das Geld nicht ausgereicht hätte. Ich bekam eine anständige Rente. War es einfach gewohnt, immer zu arbeiten. Die völlige Untätigkeit bedrückte mich.“

Freude und Entspannung

Trotzdem ziehen viele Menschen in vorgerücktem Alter Ruhe und Erholung vor. Alles kommt ihnen jetzt neu, unerwartet, wie ein kostbares Geschenk vor — einfach nur leben, sich freuen, daß man auf der Welt ist, Freude empfinden über die Menschen, die Natur und über Bücher. Viele möchten Bildungslücken schließen. Sie besuchen Theater, Museen, Bibliotheken und Ausstellungen. Oder aber sie gehen völlig in ihren Hobbys auf, für die sie früher einfach keine Zeit hatten. Sie treiben Sport, wandern, angeln und frönen der Sammlerleidenschaft. Dennoch ist ihre Freizeit noch längst nicht ausgefüllt. Was also tun, damit die Zeit nicht nutzlos verstreicht? Hier ein paar Beispiele, die ich der Presse entnommen habe.

Anatoli Dmitrowski ist bereits siebzig, also in respektablem Alter. Von Beruf Arzt, gibt er in einem „Gesundheitskabinett“ oft als Sprechstunden. So heißen Räumlichkeiten in Wohnhäusern, wo Fachärzte mehrmals in der Woche Sprechstunden für Patienten halten, die nicht die Poliklinik aufsuchen können. Diese „Gesundheitskabinette“ befinden sich direkt im Wohnhaus.

Die Rentnerin Nina Swerkowskaja aus einer Stadt bei Moskau begann nach ihrer Pensionierung ein Malstudio zu besuchen. Anschließend wurde sie Studentin an der Moskauer Universität der Künste, die nur im Fernstudium ausbildet. Vor kurzem hatte sie schon in einem Haus des Volks-

kunstschaffens ihre erste eigene Ausstellung.

In der lettischen Stadt Talsi zieht es die Rentner oft in den Klub „Lesnaja Jablonja“ (Waldapfelbaum). Dort haben schon viele einsame Herzen zueinander gefunden. Volkskunstabende, Orgelkonzerte, Zusammenkünfte mit Dichtern und Künstlern der Republik — all das ist stets unterhaltsam. Feierlich, wie im Familienkreis, werden im Klub Jubiläen begangen. An einem solchen Abend erwarten den Jubilär eine festlich gedeckte Tafel, Blumen und herzliche Glückwünsche. Aufmerksamkeit und Fürsorge sind ja im Alter so dringend notwendig.

Neues Zuhause im Altersheim

Die Menschenschicksale gestalten sich verschieden. Mitunter kommen alte Leute mit den eigenen Kindern nicht gut aus. Andere wieder sind an ihrem Lebensabend völlig vereinsamt, niemand ist da, der sich um sie kümmert. In solchen Fällen bedeutet manchmal die Gemeinschaft eines Feierabendheimes Hilfe. In der Sowjetunion gibt es rund 2 000 solche Heime. Sie befinden sich meist am Stadtrand, in ruhiger Lage. Die Ein- und Zweibettzimmer sind gemütlich eingerichtet. Hierher kann man liebgewonnene Dinge und sogar Möbel mitbringen.

Rentner, die in ein Feierabendheim übersiedeln, überweisen ihre Renten an die Heimleitung. 10 bis 25 Prozent der Rente verbleiben ihnen als Taschengeld. Unabhängig von der Rentenhöhe sind für alle Beköstigung, medizinische Betreuung und auch die kulturell-soziale Betreuung gleich. Die Renten der Heimbewohner decken nicht einmal zur Hälfte die Ausgaben des Sowjetstaates für den Unterhalt der Feierabendheime und des Personals.

Doch die wenigsten Älteren, selbst wenn sie völlig alleinstehend sind, möchten ihr trautes Heim missen! In solchen Fällen kümmern sich viele um die alten Menschen: die Vollzugskomitees der örtlichen Sowjets der Volksdeputierten, die Sozialfürsorge, die Timurtruppe, die Nachbarn. Jeder hilft auf seine Weise — beim Reinemachen, beim Wischen, beim Kochen.

In jüngster Zeit werden in Neubaugebieten auch altersgerechte Wohnungen gebaut. Dienstleistungsbetriebe und Sanitätsstellen befinden sich in unmittelbarer Nähe. Und die Mieten für diese Wohnungen belasten nicht einmal eine kleine Rente.

Es heißt, das Alter sei keine Freude. Warum eigentlich nicht? Der große russische Schriftsteller Lew Tolstoi — er erreichte ein hohes Alter — meinte, das Leben beginne erst im vorgerückten Alter, sich selbst und anderen zur Freude!

Nikolai SHILZOW
(„Sputnik“)

Unsere Anschrift:
Kasachische SSR, 473027 g. Celinograd,
Dom Sowetow, 7-й этаж, «Фройндшафт»

TELEFONE: Redakteur — 2-19-09; stellvertretende Redakteure — 2-17-07, 2-06-49; Redaktionssekretär — 2-16-51; Sekretariat — 2-78-50; Abteilungen: Propaganda — 2-76-56; Parteipolitische Massenarbeit — 2-18-23; Sozialistischer Wettbewerb — 2-17-55; 2-56-45; Kultur — 2-79-15; Leserbriefle — 2-77-11; Literatur — 2-18-71; Bildreporter — 2-17-26; Korrektor — 2-37-02; Buchhaltung — 2-79-84.

«ФРОЙНДШАФТ»
ИНДЕКС 6514
Выходит еженедельно кроме воскресенья и понедельника

Иллюстрация издательства Целиноградского обкома Компартии Казахстана
Заказ № 9075

Redakteur L. L. WEIDMANN